

Liebe FriedensfreundInnen,

Zwanzig Jahre nach Tschernobyl und fünfzig Jahre nach den ersten Atomtests auf Bikini proben europäische Politiker die Salonfähigkeit der Atomwaffe. Nach Chirac's Drohung mit dem atomaren Erstschlag am 19. Januar dachte auch der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Rupert Scholz laut über die Notwendigkeit nach, den Tabubruch einer deutschen Atomwaffe zu erwägen.

Und schließlich forderte laut „Werkstatt Frieden und Solidarität“ der österreichische Beauftragte für Strategische Studien Erich Reiter, einer der höchsten Beamten im Verteidigungsministerium, am 21. Januar den Griff zur EU-Atombombe, die „notfalls auch eingesetzt werden soll“. Reiter durfte zwar noch an der NATO-Sicherheitskonferenz in München teilnehmen, musste jedoch inzwischen auf Druck der österreichischen Zivilgesellschaft hin seinen Hut nehmen.

Deutlich wird einmal mehr: Der Druck von unten kann etwas bewirken. Und ohne ihn werden wir die eurozentristische Doppelmoral nicht überwinden, die dem Iran mit Krieg droht für etwas, was sie sich selbst erlaubt.

Eine Richtigstellung des Heftes 3/05, S.3: Dr. Hida Shuntaro ist nicht, wie angegeben, Überlebender von Nagasaki, sondern war zum Zeitpunkt des Atombombenabwurfs ein junger Militärarzt in Hiroshima.

Themenschwerpunkt dieser FreiRaum Ausgabe ist der Tschernobyl-Gedenktag, der geschichtlich als eine der größten Warnungen angesehen werden muss, um den umfassenden Schaden durch die Freisetzung radioaktiver Niedrigstrahlung im zivilen wie militärischen Bereich der Atomnutzung global zu verstehen.

Die FreiRaum-Redaktion traf sich im Februar zu ihrer „Jahreshauptversammlung“. Die Finanzierung des FreiRaum für dieses Jahr ist noch nicht gesichert – wir hoffen weiterhin auf Ihre und Eure Unterstützung!

Die FreiRaum-Redaktion  
 Roland Blach,  
 Julia Kramer,  
 Marion Küpker,  
 Wolfgang Schlupp-Hauck

# Aus der Atomgeschichte lernen

Als Dr. John Gofman, Leiter der biomedizinischen Abteilung des Lawrence Livermore Laboratory (US Atomwaffenlabor) und einer der Väter der Atombombe, über die Auswirkungen der späteren Atombombentests in der Atmosphäre nachdachte, sagte er: „Es gibt nichts, das mein Versagen entschuldigen könnte, nicht schon viele Jahre früher Alarm geschlagen zu haben, als ich es getan habe. Ich meine, mindestens ein paar 100 Wissenschaftler, die die biomedizinischen Seiten der Atomenergie genau kennen - mich selbstverständlich eingeschlossen -, sind Anwärter auf einen Prozess wegen Verbrechen gegen die Menschheit, wie in Nürnberg, weil wir grob fahrlässig und unverantwortlich waren. Jetzt, wo wir die Gefahren der Niedrigstrahlung kennen, lautet das Verbrechen nicht mehr auf das Experimentieren - sondern auf Mord.“<sup>118</sup>

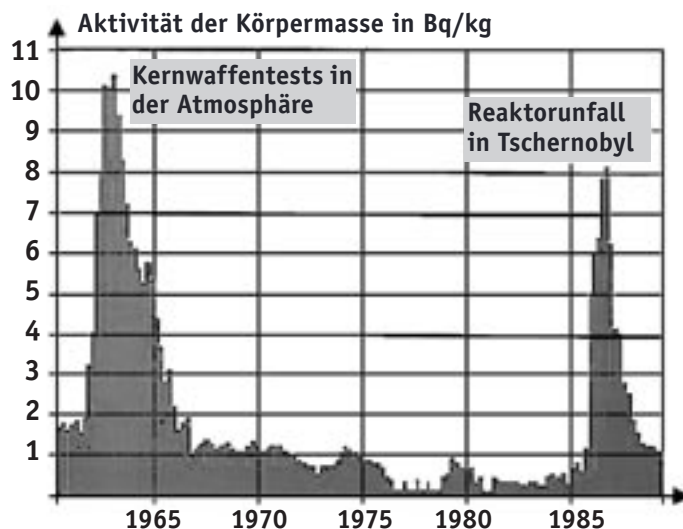
Die Gefahren der Niedrigstrahlung bei der Aufnahme von Spaltprodukten mit der Nahrung waren der amerikanischen Bundesregierung schon bekannt, bevor die erste Atombombe gebaut wurde. In The Making of the Atomic Bomb erzählte Richard Rhodes, wie Enrico Fermi im Jahre 1943 Robert Oppenheimer nahe legte, die deutschen Lebensmittelvorräte mit radioaktiven Spaltprodukten zu verseuchen, wenn sich der Bau einer Atombombe als unmöglich erweisen sollte. Aufgrund der Anregung Fermis bestimmten Oppenheimer und Edward Teller Strontium-90 als das Isotop, das „offenbar am erfolgversprechendsten ist“, weil es sich „gefährlich und unwiderruflich“ in den Knochen des Menschen anreichert. Nach Rhodes entschied Oppenheimer, „einen solchen Plan nur in Angriff zu nehmen, wenn wir so viele Nahrungsmittel vergiften können, dass eine halbe Million Menschen stirbt“.

Der US Rat zur Verteidigung der natürlichen Ressourcen (NRDC) hat aufgrund einer eingehenden Analyse seismischer Aufzeichnungen geschätzt, dass bei den US-Bombentests von 1945 bis 1962 eine Menge an Radioaktivität freigesetzt wurde, die 137.000 Kilotonnen Kernsprengstoff entsprach. Auf die damalige Sowjetunion, die 1961 und 1962 einige schwere H-Bomben mit einer Wirkung

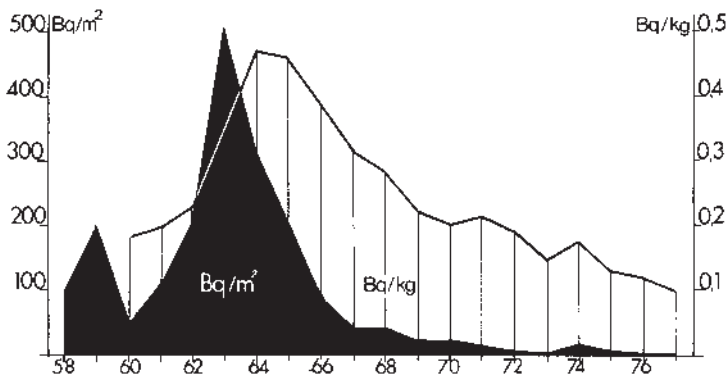


Als Mitglied des Forschungsteams von E. Fermi war Teller 1941 am Zustandekommen der ersten nuklearen Kettenreaktion beteiligt. Neben R. Oppenheimer gehörte er zu den verantwortlichen Leitern des Manhattan-Projekts, in dem ab 1943 im Los Alamos National Laboratory, New Mexico, die Atombombe entwickelt wurde. Als die Sowjets 1949 ihre erste Atombombe zündeten, war es für Teller eine Sache des nationalen Prestiges, mit einer amerikanischen Wasserstoffbombe zu „antworten“. Von Rüstungsabkommen mit der Sowjetunion wollte er nichts wissen. Im Gegenteil, er war immer für die Fortführung der Kernwaffentests und des Wettrüstens, er gehörte noch zu den Mentoren der Star-Wars-Visionen Ronald Reagans. „Wenn man die Atomwaffen sämtlicher Arsenale der Welt einsetzt, wird ein großer Teil der Menschheit nicht betroffen sein“, wiegelte Teller zwölf Tage nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ab. Quelle: Lebenszeit, Halbwertzeit von Jeremy Hall

von 402.000 Kilotonnen Sprengstoff zündete, entfielen drei Viertel der insgesamt 585.000 Kilotonnen (inkl. Frankreich...). Teilt man diese Zahl durch die geschätzte Sprengkraft der Hiroshima-Bombe, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Supermächte die Weltbevölkerung in diesen 17 Jahren einem Fallout ausgesetzt haben, der dem von 40.000 Hiroshima-Bomben entsprach.



Diese Grafik zeigt den atomaren Fallout der oberirdischen Atomtests verglichen mit dem Fallout des Tschernobyl Unfalls in der Atmosphäre. Bq/kg benennt die Zerfallprozesse pro Sekunde in einem Kg (z.B. in Lebensmittel). 1963 wurde der internationale oberirdische Atomteststoppvertrag unterschrieben. Quelle: www.kernenergie-wissen.de/Images/tschernobyl.jpg



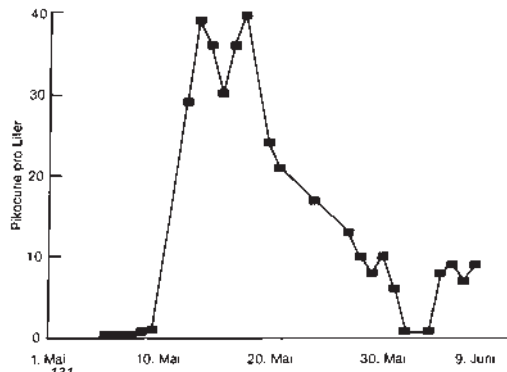
**Strontium-90-Belastung durch Atombomben-Fallout in der BRD**  
 schwarz: jährlicher Fallout in Bq/m<sup>2</sup>  
 schraffiert: durchschnittliche jährl. Aktivität des Strontium-90 in Bq/kg in der Gesamtnahrung pro Kopf.  
 Es ist zu erkennen, dass die Aktivität von Strontium-90 in der Nahrung nur langsam abnimmt.  
 Quelle: BUND information 40, Der Supergau von Tschernobyl ISBN 3-89125-246-3

Der Erfinder der sowjetischen H-Bombe Andrej Sacharow sagte 1958 voraus, dass Atombombentests in der Atmosphäre mit einer Sprengwirkung von 50.000 Kilotonnen weltweit eine halbe bis eine Million Tote nach sich ziehen würden. Angewandt auf die Spaltprodukte, die allein bei den sowjetischen H-Bomben-Tests von 1961 und 1962 freigesetzt wurden, ergäbe diese Schätzung vier bis acht Millionen Tote. Er sagte: „Wir fügen dem Leid und der Zahl der Toten in der Welt... Hunderttausende zusätzlicher Opfer hinzu, darunter auch Menschen in neutralen Ländern und künftige Generationen. Das Leid, das die Tests hervorrufen,... folgt auf jeden Abwurf, unerbittlich... die moralischen Folgen dieses Problems liegen in der Tatsache, dass dieses Verbrechen nicht bestraft werden kann (denn es ist unmöglich nachzuweisen, dass der Tod eines bestimmten Menschen seine Ursache in radioaktiver Strahlung hatte), und sie liegen in der Wehrlosigkeit der künftigen Generationen gegen unser Handeln. **Die Beendigung der Tests rettet direkt Hunderttausenden von Menschen das Leben.**“ Angesichts dieser ersten Mahnung ist es nicht verwunderlich, dass Sacharow bei der Sowjetregierung in Ungnade fiel.<sup>125</sup> Mit großer Weitsicht nahm Sacharow die Entdeckungen über die tödlichen Auswirkungen der mit der Nahrung aufgenommenen Spaltprodukte vorweg, die Dr. Abram Petkau von der Atomic Energy of Canada, Ltd. gut zehn Jahre später machte. 1972 wies Dr. Petkau im Labor nach, dass Niedrigstrahlung hochgefährlich geladene Sauerstoffmoleküle erzeugt, sogenannte freie Radikale, die die Zellwand bei niedriger Strahlendosis weit wirkungsvoller zerstören können als bei hoher.<sup>126</sup> Petkaus Entdeckung konnte überraschend viele Immunsystemschädigungen durch Langzeitbelastung mit sehr geringer Falloutstrahlung erklären, denen die Wirkung einer kurzen, aber hohen Belastung mit Röntgen- oder Gammastrahlen bei einer Atombombenexplosion gegenüberstand.

Ebenfalls 1958 machte sich der Nobelpreisträger Linus Pauling diese Gedanken: „Die bisher durchgeführten Bombentests (etwa 150.000 Kilotonnen) bringen letztendlich etwa eine Million schwer geschädigte Kinder und ebenso viele tote Embryonen und Neugeborene hervor und sind die Ursache leichter Erbschäden bei Millionen Menschen.“<sup>129</sup>

Rachel Carson erkannte als eine der ersten, dass das plötzliche Auftreten derart gewaltiger künstlicher ionisierender Strahlung die Gefährlichkeit giftiger Chemikalien noch erhöhen kann.<sup>122</sup> Auch wenn Carson sich der gefährlichen Wechselwirkung von Radioaktivität und giftigen Chemikalien in der Nachkriegszeit bewusst war, kommt der Radioaktivität doch mehr Bedeutung zu als den giftigen Chemikalien. Die Gesamtproduktion an organischen Chemikalien stieg in den USA von 1945 bis 1965 um das 42fache (von 7,5 Millionen auf 316 Millionen Tonnen).<sup>123</sup> Der strahlende Gesamtausstoß, der in die Stratosphäre gelangte, stieg dagegen um das 13.000fache (von 45 Kilotonnen auf 587 Megatonnen).<sup>124</sup>

Quelle und Quellenhinweise in: **Tödliche Täuschung Radioaktivität von Jay Gould und Benjamin Goldmann, zu bestellen über FreiRaum**



**Jod<sup>131</sup> in frischer Milch der großstädtischen Region New York-New Jersey in der Zeit vom 1. Mai bis 9. Juni 1986 nach Eintreffen der Fallouts von Tschernobyl.**

## EU-Grenzwerte für Strahlenbelastung am Beispiel Bayerns

Die Europäische Union reagierte auf den Unfall von Tschernobyl zunächst mit einem Einfuhrverbot von Agrarerzeugnissen und dann mit Höchstwerten für Nahrungsmittel. Der Höchstwert für die Cäsiumbelastung ist in der EU auf 600 Bq/kg für Nahrungsmittel und 370 Bq/kg für Milch und Säuglingsnahrung festgelegt. Die Grenzwertregelung gilt bis zum 31. März 2010. Obgleich die bis heute hohen Kontaminationen, insbesondere von Waldprodukten, bekannt sind, hat es die EU erst im Jahr 2003 geschafft, eine Empfehlung auszusprechen, die auch bei heimischen Produkten die Einhaltung der Höchstwerte fordert. Gemäß Bundesamt für Strahlenschutz wurde bei Wildschweinen aus dem Bayerischen Wald im Jahr 2004 eine mittlere Strahlenbelastung von 6700 Bq/kg gemessen. Der Spitzenwert der vergangenen Jahre betrug etwa 70.000 Bq/kg, mehr als das Hundertfache des EU-Grenzwerts. Das Umweltinstitut München e.V. und andere unabhängige Experten raten zu strengeren Grenzwerten: 30 bis 50 Bq/kg bei Nahrung für Erwachsene und 10 bis 20 Bq/kg für Kinder, stillende und schwangere Frauen, bei Babynahrung bis 5 Bq/kg Cäsium-Aktivität. Während des Wachstums teilen sich die Zellen häufiger, für die Reparatur einer Zelle bleibt oft nicht genügend Zeit. **mk ●**



## Referenten zu Tschernobyl

**Dave Kraft**, von der US-Anti-Atomorganisation Nuclear Energy Information Service (NEIS), wird im April/Mai in Deutschland für Veranstaltungen zur Verfügung stehen, nachdem er von der internationalen Konferenz: Chornobyl +20: Remembrance for the Future, (www.Ch20.org) vom 23.-25. April 06 von Kiew nach Hamburg zurück kommen wird. In seinem Beitrag \*CHERNOBYL\*+20: CONFRONTING THE NUCLEAR RENAISSANCE – wird er von den Ergebnissen der Kiewer Konferenz und dem weiteren Vorgehen der intern. Nichtregierungsorganisationen (NGO's) gegen die Tschernobyl-Politik der IAEA berichten. Er verbindet diese Ergebnisse auch mit der Herausforderung durch die „nukleare Renaissance“, die Pläne zur Ausweitung der Atomindustrie und deren Verbündete weltweit in Institutionen und Regierungen. Seine Vorträge werden in Englisch gehalten, daher ist Übersetzung zu organisieren. Bei Interesse kontaktiert bitte: neis@neis.org oder Tel: 040-4307332

**Marion Küpker** wird auch an der intern. Konferenz zu Tschernobyl (www.Ch20.org) vom 23.-25. April 06 in Kiew teilnehmen. Bereits 1995 besuchte sie die betroffenen Gebiete der Ukraine und Weißrusslands und führte Gespräche mit Ärzten und Aufräumarbeitern (Liquidatoren). Zum 10. Gedenktag von Tschernobyl 1996 beteiligte sich Marion an der Organisation eines 200 km langen internationalen Friedensmarsches durch die Dörfer und Städte nahe Kiew zur Todeszone nach Tschernobyl (For Mother Earth International), an der sie auch teilnahm. Im Mai 06 steht Marion für Vorträge über die tatsächlichen Auswirkungen des Unfalls und was Initiativen von Ärzten und Organisationen dem vor Ort entgegensetzen, zur Verfügung.

**Bedingungen:** Honorar 150 €, Übernachtung + Essen falls nötig auch privat, Fahrtkosten Hamburg Hin- und Rückfahrt 2. Kl. BC 25

**Kontakt:** Marion Küpker ist Internationale Koordinatorin gegen Atom- und Uranwaffen der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) und der DFG-VK, marionkuepker@compuserve.com, Tel.: 040/4307332, **mk ●**

## Ihre Stimme zählt!

1 Million Unterschriften von EuropäerInnen gegen Atomkraft brauchen wir bis zum 1. Oktober dieses Jahres. Wir fordern damit die Verhinderung des Neubaus von Atomanlagen und umfassende Investitionsprogramme für Erneuerbare Energien in der Europäischen Union.

Der EU-Gründungsvertrag EURATOM verpflichtet alle EU-Mitglieder zur Förderung der Atomenergie. Nach Jahren des Niedergangs versucht die Atomindustrie in Europa, die Öffentlichkeit mit einer gewaltigen Medien- und Lobbykampagne davon zu überzeugen, dass Atomkraft die Lösung gegen Klimawandel und für steigende Energieverbräuche ist. Aufrüstung und Verlängerung der Laufzeiten der AKWs werden intensiv diskutiert und sind teilweise bereits beschlossen. Wir haben Tschernobyl nicht vergessen. Jede/r kann dieser Kampagne zum Erfolg verhelfen. 264.000 Menschen haben bereits unterschrieben.

Bitte sammelt im Bekanntenkreis Unterschriften hierfür und schickt die Liste an die Adresse der Beilage dieses FreiRaums. Ihr könnt jederzeit mehr bestellen! Eure Unterstützung ist sehr erwünscht und ihr könnt Euch zudem jederzeit auf der Webseite über den Stand der eingegangenen Unterschriften informieren: [www.million-against-nuclear.net](http://www.million-against-nuclear.net) mk ●

# Friedenobelpreisträger oder Verbrecher gegen die Menschheit?

**Die führenden Atomkräfte mit ihren Wissenschaftlern und die damit zusammenhängende Atomindustrie und deren Institutionen wie z.B. die Internationale Atomaufsichtsbehörde (IAEA), die gerade den Friedensnobelpreis erhalten hat, versuchen die Auswirkungen dieses kaum fassbaren Tschernobylunglücks genauso zu verheimlichen, wie die Regierungen der betroffenen osteuropäischen Länder, die zum Überleben ihrer Elite auf Gelder der westlichen Industrienationen angewiesen sind.**

Die IAEA, die in der Verantwortung steht, der UN über die Gesundheitssituation in den betroffenen Regionen zu berichten, gibt die Anzahl der angestiegenen Krankheiten zwar zu, leugnet aber, dass diese durch Radioaktivität verursacht wurden. Für sie zeigt sich ein Gesundheitsproblem verursacht durch Radioaktivität nur dann, wenn es einen monotonen gleich bleibenden Anstieg von Krankheiten bei gleicher radioaktiver Erhöhung (linearer Dosisabhängigkeitseffekt) gibt. Falls ein Wissenschaftler keinen gleich linearen Anstieg vorweisen kann, ist es ein „Beweis“ für die nicht-radioaktive Natur der Krankheit.

Es wird versucht, ein Ereignis aus der Geschichte zu streichen, das noch unzähligen kommenden Generationen schwerste Probleme bereiten wird. Und alles nur, um die Fortsetzung, ja die Renaissance der Atomtechnologie gewährleisten zu können.

Geschichtlich gesehen gehören die Entwicklung von Atomwaffen und die Entwicklung von Atomenergie zusammen. Die wahren Kosten der Atomenergie wurden uns von Anfang an verheimlicht - begründet mit dem Erhalt der nationalen Sicherheit in den Zeiten des Kalten Krieges. Es ist die teuerste Energiegewinnungsmethode (Endlagerung des Atommülls etc. mit eingeschlossen), die aus Steuergeldern subventioniert wurde und wird. Auch die BRD versuchte in den 70er Jahren ein eigenes Atomwaffenprogramm in Brasilien aufzubauen. Der Sturz der dortigen Militärdiktatur durch die brasilianische Bevölkerung vereitelte auch diesen Plan.

Ob der Forschungsreaktor Garching II in Bayern nur betrieben wird, um der deutschen Regierung zu ermöglichen, atomwaffentaugliches Uran im Lande zu halten, ist spekulativ, aber nicht unrealistisch.

Es wäre zumindest eine Option, jederzeit Atombomben entwickeln zu können, wie die Geschichte um die Plutoniumkugeln (illegale Forschung zu MiniNukes) in der Elbmarsch erahnen lässt (wir werden im nächsten FreiRaum berichten). Hinter vielen zivilen Atomprogrammen konnten sich weltweit militärische Forschungen verstecken. Heute muss zugegeben werden, dass der Atomwaffensperrvertrag (NPT) vom Ursprung her zum Scheitern verurteilt war, da sein Artikel IV die Förderung der Verbreitung ziviler Atomanlagen beinhaltet. Heute besitzen durch die Verbreitung der zivilen Atomtechnologie mehr Länder Atomwaffen als zu Beginn des Vertrages vor 35 Jahren.

Die atomare Renaissance boomt im militärischen wie zivilen Bereich. Frankreich erneuert sein Atombombensystem. Selbst Japan baut eine Wiederaufbereitungsanlage, d.h. Plutoniumfabrik und erklärt, wie wichtig es als unabhängige Atomkraft für seine Verbündeten sei. Der Aufstieg zu den führenden Atomkräften im UN-Sicherheitsrat - mit eigenem Vetorecht - zielt darauf ab, in zukünftigen Verteilungskriegen um die weltweiten Ressourcen Anspruch auf ein größeres Kuchenstück zu haben. Der US-Reaktorunfall in „Three Miles Island“ sorgte dafür, dass seit 1973 kein neuer Atomreaktor in den USA gebaut wurde. Jetzt sollen in den USA sechs neue AKWs entstehen. In Europa stehen weitere drei AKWs in der Türkei, drei in Holland, eins in Finnland und sogar 11 in der Ukraine auf dem Programm. Osteuropäische AKWs sollen von westlichen Atomkonzernen (wie Siemens und Framatom) gebaut werden und für die zukünftige Atomenergieversorgung auch für uns hier in Deutschland aufkommen. Daher müssen für das Fortbestehen der Atomkräfte die gesundheitlichen Auswirkungen der Atomwaffenproduktion in ihrer Gesamtheit inklusiv der normalen Emissionen der AKWs und ihrer Unfälle international geleugnet werden.

## Atomanlagen bedrohen auch uns

Weltweit gibt es eine steigende Krebsrate. Immer mehr Menschen leiden an chronischen Erkrankungen, Allergien und Immunschwäche etc. Allein in Deutschland erkrankt heute jeder Dritte einmal in seinem Leben an Krebs. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnt im Jahresbericht von 1997:

- allein die Zahl der Krebserkrankungen wird sich in den nächsten 25 Jahren mindestens verdoppeln,
- schon heute sind jährlich knapp die Hälfte aller Todesfälle durch chronische Krankheiten verursacht.

Auf der IPPNW-Webseite können Studien nachgelesen werden, die besagen, dass Kinder unter fünf Jahren, die in einem 5 km-Radius um AKW's leben, zu 53 % öfter an Krebs erkranken und zu 76 % öfter an Blutkrebs, als Kinder, die dort nicht leben. Eine Studie, zu der wie zu allen derartigen Studien Kontrollgruppen gehören, die vom weltweiten dreifachen Anstieg der heutigen sog. natürlichen radioaktiven Hintergrundstrahlung vorbelastet sind. Ein Anstieg der in unserem Atomzeitalter begründet ist. mk ●

Anzeige



**Internationaler IPPNW-Kongress 7.-9. April 2006  
Bonn Bundeshaus und Stadthalle Bonn-Bad Godesberg**

**Themen:** Gesundheitsgefahren durch Atomanlagen, Tschernobylfolgen, Renaissance der Atomenergie, Atomare Proliferation, Erneuerbare Energien  
**ReferentInnen:** Franz Alt, Claus Biegert, Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Prof. Rose Gantscharova, Alla Jaroshinskaya, Prof. Dr. Wolfgang Köhlein, Dr. Wolfgang Liebert, Dr. Ron McCoy, Dr. Götz Neuneck, Prof. Angelina I. Nyaga, Prof. Dr. med. Okanor, Gudrun Pausewang, Dr. Sebastian Pflugbeil, Lydia Popova, Dr. Hermann Scherr, Prof. Jonathan Schell, Konstantin Wecker und viele mehr

**Information und Anmeldung:** [www.tschernobylkongress.de](http://www.tschernobylkongress.de)

ZEITBOMBE ATOMENERGIE  
**20 JAHRE  
TSCHERNOBYL**



# Fallschlingen in und um Tschernobyl

Im Jahr 1993 unternahmen 200 Wissenschaftler aus Weißrussland, Russland und der Ukraine eine gemeinsame Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen des Tschernobyl-Unfalls. Die Ergebnisse dieser Studie stehen den Zahlen der internationalen Atomaufsichtsbehörde (IAEA) konträr entgegen.

Die Studie wurde in russisch veröffentlicht, allerdings hatte die IAEA kein Interesse, die Arbeit übersetzen zu lassen. Prof. Nesterenko ließ zumindest die Ergebnisse 1996 ins Deutsche übersetzen, und die britische Low Level Radiation Campaign (LLRC), der internationalen 40 Wissenschaftler angehören, veröffentlichte einzelne Studien in Englisch im CERRIE Minority Report 2004. CERRIE war das britische „Komitee zur Untersuchung radioaktiver Risiken durch interne Strahlung“ und untersuchte über 30 Monate, ob es im Berechnungsmodell des International Committee on Radiological Protection (ICRP) einen Berechnungsfehler um das 100 bis 2000-fache der Risiken durch interne Strahlung gibt (FreiRaum berichtete in der Sept.04 Ausgabe). Leider endete die Arbeit mit einem Fehlschlag, sodass nach dem Abschluss der LLRC die Atomindustrie (NRPB - National Radiological Protection Board und BNFL - British Nuclear Fuels Limited) vieles im offiziellen CERRIE Report selber schrieb. Das Ergebnis des offiziellen CERRIE Reports ist ein Berechnungsfehler um das 20-fache, dem die Atomindustrie so zustimmen kann, da dieses den Bau weiterer AKWs nicht gefährdet. Andere Ergebnisse wurden gezielt aus dem CERRIE Report heraus gehalten, sodass der unabhängige CERRIE Minority Report entstand. Vor dem Hintergrund, dass der CERRIE Minority Report wenigen Wissenschaftlern bekannt ist und viele daher den 20-fachen Berechnungsfehler bereits als Erfolg einstufen, müssen neue Studien auch von großen Nichtregierungsorganisationen (NGO's), die jetzt zum 20. Jahrestag zu erwarten sind, kritisch betrachtet werden: z.B. welche Berechnungsmethode angewandt wird!

## Aktivitäten der Ärzte vor Ort

Prof. Nesterenko arbeitet seit 1990 als Direktor in dem unabhängigen 'Belarussian Institute for Radiation Security' (Belrad) <http://belrad.paris-minsk.org>. 1991 bis 1993 wurden mehr als 500 Menschen zu Technikern für radioaktive Messungen ausgebildet. Die Bevölkerung kann umsonst ihre Lebensmittel messen lassen und diese Daten werden dem Institut monatlich zugeschickt. Daraus werden Karten für die Bevölkerung entwickelt. Es existiert ein Netzwerk von 370 Zentren. Ärzte schlossen sich zusammen und fordern:

- ein vorbeugendes Überwachungssystem, wonach die Bevölkerung in regelmäßigen Abständen auf die Körperbelastung durch Cäsium-137 auf einem Messstuhl untersucht werden soll

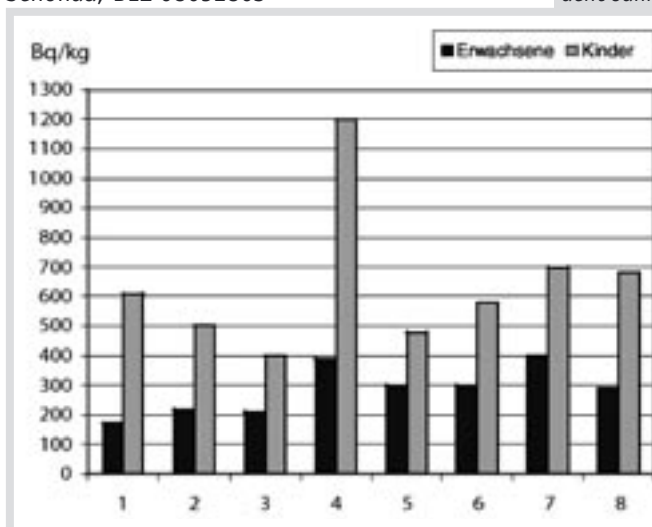


(die Betastrahlung des Cäsium-137 kann noch in 30 cm Abstand gemessen werden).

- Menschen, die einen bestimmten Grenzwert erreichen, sollen eine zweiwöchige Ausleitkur z.B. mit Apfelpektin durchführen (66% des Cäsium-137 könnte so wieder ausgeschieden werden, sodass die Entstehung von schweren chronischen Organerkrankungen vermieden werden kann). Zudem sollen kontrollierte niedrig belastete Lebensmittel den Betroffenen zur Verfügung gestellt werden.

- Hilfe zur Selbsthilfe: Informationen an die Bevölkerung, wie sie sich selbst schützen kann, z.B. welche Lebensmittel radioaktiv besonders belastet sind.

- Internationale Zusammenarbeit mit Tschernobyl-Initiativen, welche Kindern mit extrem hohen Belastungen u. a. zu einem Auslandsaufenthalt verhelfen, wo erweiterte medizinische Maßnahmen durchgeführt werden können: z.B. Tschernobylhilfe der Eltern für atomfreie Zukunft e.V. Schönau, Kto.Nr.:17034612, Sparkasse Schönau, BLZ 68052863



Über 50 Bq/kg Körpergewicht führt zu unwiderruflichen Schäden in lebenswichtigen Organen (Prof. Bandazevski), Ansammlung von Radionucliden in Erwachsenen und Kindern, die 1997 gestorben sind: 1. Herz 2. Gehirn 3. Leber 4. Schilddrüse 5. Nieren 6. Milz 7. Knochen 8. Dünndarm

Termine zum 26. April-Gedenktag über mehr als 100 Veranstaltungen und Protestaktionen findet ihr übersichtlich auf der Webseite:

[www.friedenskooperative.de/tschernondx.htm](http://www.friedenskooperative.de/tschernondx.htm)

Ich empfehle auch die Konferenz (links), auf der die Ergebnisse der Ärzte und Wissenschaftler der betroffenen Länder dargestellt werden, die zu anderen Ergebnissen als die Weltgesundheitsbehörde (WHO) bis der IAEA gekommen sind. Damit wird die Hoffnung verbunden, den betroffenen Menschen wirksamer helfen zu können und die wahrheitsgemäße Erfassung ihrer Beschwerden sicherzustellen. Es sind auch ausdrücklich Ärzte, Naturwissenschaftler und Techniker eingeladen, um bisher unbeachtete und schwer zu publizierende Forschungsergebnisse aus dem Tschernobyl-Kontext vorzustellen und zu diskutieren.

Dr. Sebastian Pflugbeil, Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz, Tel. 030-4493736, [Pflugbeil.KvT@t-online.de](mailto:Pflugbeil.KvT@t-online.de), [www.gfstrahlenschutz.de](http://www.gfstrahlenschutz.de) mk ●

## Prof. Bandashewsky frei!

Prof. Bandashewsky, Rektor und Arzt des Gomel Medical Institute entdeckte eine messbare Beziehung zwischen radioaktiven Dosen und verschiedenen Krankheits-symptomen, wonach bereits 50 Bq pro kg Körpergewicht an Cäsium-137 zu chronischen Schäden an lebenswichtigen Organen führen soll. Da die weißrussische Regierung, ähnlich wie die anderen betroffenen Regierungen finanziell nicht in der Lage ist saubere Lebensmittel ausreichend zur Verfügung zu stellen, wurden viele Mediziner und Radiologen, die der offiziellen Regierungsmeinung widersprachen und widersprechen, verhaftet. Prof. Bandashewsky wurde in Weißrussland von einem Militärtribunal zu acht Jahren Schwerstarbeit verurteilt, nachdem er seine Arbeiten veröffentlicht hatte.

Schließlich behauptet die Regierung doch, dass die kontaminierten Gebiete unbedenklich seien. Sie versucht die Arbeit des Belrad Instituts zu beenden.

Internationale Proteste erreichten die Freilassung von Prof. Bandashewsky im letzten Jahr nach vier Jahren Haft.

Weitere Informationen: [www.comite-banda-jevsky.org](http://www.comite-banda-jevsky.org) mk ●

Gesellschaft für Strahlenschutz e.v. und ECRR European Committee on Radiation Risk

1. Ankündigung  
1<sup>st</sup> Announcement  
CALL FOR PAPERS

## Einladung

Internationaler Kongreß

20 Jahre nach Tschernobyl

Erfahrungen und Lehren für die Zukunft

3. - 5. April 2006  
in der Charité  
Berlin-Mitte  
Luisenstraße  
Hochhaus, Großer Hörsaal

## Das atomare Kuckucksei

Sein Kern ist aus dem Stoff, nach dem sich Bombenbauer in aller Welt die Hände lecken: waffenfähiges, hochangereichertes Uran. Der „Forschungsreaktor München II“, klobiger Nachfolger des in die Jahre gekommenen Garching „Atom-Eies“, ist der einzige Neubau eines Atomreaktors in Deutschland seit Tschernobyl. Er ist der einzige Reaktor, der unter einer rot-grünen Bundesregierung in Betrieb ging – Atomkonsens hin oder her. Und er ist der einzige Reaktor weltweit, dessen Entwickler ein Abrüstungsprogramm nutzen, um Abrüstungsziele zu unterlaufen. Armin Simon, Redakteur der taz, hat die Geschichte dieses als „Eckstein bayerischer Spitzenforschung“ gerühmten Reaktors zu einem packenden Buch verarbeitet. „Das atomare Kuckucksei“ erzählt, wie eine Handvoll Physiker der Technischen Universität München zusammen mit der Münchner Atomfirma Siemens ihren Wunsch-Reaktor baut: genehmigt von der Bayerischen Staatsregierung und bezahlt zum größten Teil aus dem bayerischen Hochschul-Etat. Es beschreibt, wie bundesdeutsche Wissenschaftler erfolgreich daran arbeiten, einen neuen Markt für waffenfähiges, hochangereichertes Uran zu schaffen – und wie sie damit jahrzehntelange internationale Abrüstungsbemühungen konterkarieren. Es belegt, wie Landes- und Bundespolitikern den Behauptungen einer Gruppe von Wissenschaftlern blindlings vertrauen – und ein wissenschaftlich unsinniges Atomprojekt unter Aushebelung demokratischer Spielregeln gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchsetzen. Die Geschichte des „Forschungsreaktors München II“ ist eine Geschichte, in der auch gute Argumente kritischer WissenschaftlerInnen, AnwohnerInnen, PolitikerInnen und FriedensforscherInnen nicht auf fruchtbaren Boden fallen können. Es ist die Geschichte eines bombigen „Erfolgs“ bayerischer Atompolitik.

Armin Simon ●

Armin Simon: *Das atomare Kuckucksei. Überflüssig, teuer und Bombengefährlich: die bayerische „Erfolgsgeschichte“ des Forschungsreaktors München II.* Taschenbuch, 428 Seiten, 16 s/w-Abbildungen. München: Buchbäcker Verlag, 2005. ISBN 3-9808950-3-3, 14,90 Euro. Bestellbar in jeder Buchhandlung oder online [www.buchbaecker.de](http://www.buchbaecker.de).

# Bombenstoff auf dem Campus

**Wissenschaftler der TU München und die Bayerische Staatsregierung verhalten der Bundesrepublik zu den ersten eigenen Vorräten an waffentauglichem, hochangereichertem Uran. Offizieller Anlass dazu: der Forschungsreaktor München II (FRM-II) in Garching, der vor einem Jahr in Betrieb ging.**

Die Atomanlage in den Isar-Auen läuft mit Uran, das zu 93 Prozent aus dem spaltbaren Isotop U-235 besteht. Dieser hohe Anreicherungsgrad macht das Material so gefährlich. Selbst technisch nicht so versierten Staaten dürften 15 Kilogramm des high enriched uranium (HEU) genügen, um eine funktionsfähige Bombe herzustellen: Zwei Halbkugeln davon aufeinander schießen – fertig ist die Atomexplosion. Weil HEU deutlich einfacher zu handhaben ist als Plutonium, ist es der Einstiegsstoff in die Atomwaffenproduktion überhaupt. Das ist der Grund, weswegen der Versuch Irans, eine eigene Anreicherungsanlage in Betrieb zu nehmen, so großes Aufsehen erregt: In einer solchen Fabrik ließe sich neben niedrig angereichertem Uran (low enriched uranium, kurz: LEU, bis 20 Prozent U-235), wie es in herkömmlichen AKWs zum Einsatz kommt, prinzipiell auch HEU herstellen.

Proteste von Friedensorganisationen und diplomatische Interventionen rief vor einigen Jahren auch der Bau des FRM-II hervor. Entgegen internationaler Übereinkünfte beharrten die TU München und Bayern nämlich auf einer Konstruktion, die den Einsatz von HEU nötig machte. Nur mit diesem Brennstoff, so ihre Behauptung, ließen sich genügend Neutronen für die geplanten wissenschaftlichen Experimente erzeugen. Das ist nachgewiesenermaßen falsch. Ein mit LEU betriebener FRM-II hätte lediglich etwas mehr Geld gekostet – und es wäre offensichtlich gewesen, dass die rund 500 Millionen Euro teure Anlage keine „Weltneuheit“ darstellt, als die sie oft verkauft wird. Rekordverdächtig ist der Reaktor der TU München nur in einer Hinsicht: Es ist der erste Forschungsreaktor-Neubau weltweit seit 1986, der auf HEU setzt.

Militärische Hintergedanken bei ihrer Reaktorplanung haben die Physiker aus Garching und die politischen Verantwortlichen stets weit von sich gewiesen. Unbestritten aber ist:

1. Ex-Bundesaußenminister Kinkel (FDP) unterzeichnete im Sommer 1998, wenige Wochen vor der Abwahl der Kohl-Regierung, ein Lieferabkommen mit Russland über insgesamt 1.200 Tonnen hochangereicherten, bombenfähigen Urans – Brennstoff für den Garching Forschungsreaktor.

2. Der FRM-II ist so konstruiert, dass selbst das Uran in den abgebrannten Brennelementen noch einen Anreicherungsgrad von 89 Prozent vorweist und damit weiterhin waffenfähig ist.



Garchings neue „Quelle“- die mit Staatsgeld finanzierte Großplakat-Werbung. Die Hörer dachten beim früheren Namen „Forschungsreaktor München II“ „unglücklicherweise“ an die Problematik der Kernkraftwerke.

3. Die waffenfähigen, unbestrahlten Brennelemente sowie der bombentaugliche Atom Müll aus dem FRM-II werden über Jahre auf dem Campus der TU München in Garching gelagert. Das Abklingbecken des FRM-II bietet Platz für 50 Brennelemente, insgesamt rund 400 Kilogramm hochangereichertes Uran. Mittelfristig soll das strahlende Material in die Castorhalle im westfälischen Ahaus verfrachtet werden.

4. Der Bau des FRM-II und sein Betrieb mit HEU haben die internationalen Bemühungen, die Verbreitung des Bombenstoffs einzudämmen, kräftig sabotiert. Mit Unterstützung von Deutschland und der EU hat sich Russland als neuer HEU-Lieferant etabliert. Und jeder, der heute einen neuen Reaktor mit hochangereichertem Uran bauen will, kann auf das Beispiel Garching verweisen – wo die angeblich ach so auf Nichtweiterverbreitung waffentauglichen Materials bedachte Bundesrepublik ebendieses selbst einsetzt.

Die rot-grüne Bundesregierung hat der TU München auferlegt, den FRM-II bis Ende 2010 auf einen Brennstoff mit einem Anreicherungsgrad von maximal noch 50 Prozent umzurüsten. Auch der wäre allerdings noch waffentauglich. Mit Hilfe eines neuen, ultradichten Brennstoffs, wie er derzeit in den USA entwickelt wird, ließe sich der FRM-II auch auf nicht mehr waffentaugliches Uran umrüsten – ohne dass die Zahl der für Experimente zur Verfügung stehenden Neutronen nennenswert abnähme. Die Motivation der TU München, endgültig Abschied vom Bombenrohstoff zu nehmen, ist allerdings gering.

Armin Simon ●



# Internationales zum Thema Uranwaffen

## USA Veteranen fordern DU-Tests

Viele Soldaten der letzten Kriege aus dem US-Staat New York (NY) demonstrierten mit ihren Familien und Verbündeten am 7. Februar 2006 in Albany mit einem Marsch vom US Bundesgerichtshof (Legislative Office Building) zum nahe gelegenen Vietnam Denkmal. Sie fordern Unterstützung für eine Gesetzesvorlage, die den Soldaten der NY-Nationalgarde ermöglichen soll, auf DU getestet zu werden, wenn sie aus dem Irak oder Afghanistan zurückkommen. Die „NY DU und chemische Gefahren Sonderdezernat-Gesetzesvorlage“ soll die Aufklärung der mysteriösen Symptome gewährleisten, an denen die aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten leiden. Die Soldaten sollen Zugang zu „bestmöglichen Gesundheitstests“ erhalten.



Die US-Staaten Connecticut und Louisiana haben bereits letztes Jahr solch eine Gesetzesvorlage verabschiedet und weitere 18 Staaten erwägen ähnliche Schritte. Allerdings wurde für die Anwendung des Gesetzes kein Geld bereitgestellt, so dass nicht klar ist, wer die Tests bezahlen wird und wer sie durchführen würde. Die Louisiana-Gesetzgebung verbietet sogar ausdrücklich, Regierungsgelder hierfür auszugeben und beschreibt nur, wozu der Test in der Lage sein soll, ohne Details über den Test selbst. Die Campaign Against Depleted Uranium (CADU) aus England schreibt dazu: „Falls die Durchführung der Tests denen des britischen DU Oversight Board auch nur annähernd ähnelt, hat CADU starke Befürchtungen, dass dieses ein weiterer Versuch wird, DU wieder rein zu waschen.“

## DU- Waffenfreie Zone in Italien

Als erste Gemeinde weltweit hat das sardinische Dorf Villaputzu den Transit, die Lagerung und den Besitz von DU Waffen innerhalb seiner Grenzen geächtet. Villaputzu liegt direkt neben dem Salto di Quirra-Bombentestgelände und entschloss sich für diese Gesetzgebung auf Vorschlag des Bürgermeisters letzten Sommer. Im Dorf wird gesagt, dass 12 der 200 Dorfbewohner Lymph- Blutkrebs entwickelten, einen Krebs, der oft mit radioaktiver Strahlung in Verbindung gebracht wird. Die Ächtung beinhaltet sowohl den zivilen als auch den militärischen Gebrauch von DU. Leider wird auf Grund der Geheimhaltung, die das Bombentestgelände umgibt, diese Entscheidung wohl kaum zum Ende der dortigen DU-Tests führen. Aber zumindest gibt es jedem lokalen Polizisten die Macht, jeden zu verhaften, der im Besitz von DU innerhalb der Dorfgrenzen angetroffen wird. Die Entscheidung könnte auch eine wichtige Vorreiterrolle für andere Gemeinden spielen, die das Unglück teilen, ein Bombentestgelände vor ihrer Haustüre zu haben.

## Belgien führt Bluttests ein

Belgien führt gerade als erstes Land weltweit Bluttests für seine Soldaten ein. Während Japan seinen Soldaten im Südirak zur Feststellung der

Alphastrahlung von DU-Munition untaugliche Dosimeter anbietet, wird das belgische Modell das Erste sein, welches seine Soldaten vor und nach dem Kriegsdienst testen wird. Anfang 2006 soll eine auf diese Tests spezialisierte Klinik am Militärkrankenhaus in Neder-over-Heembeek eröffnet werden. Die Einführung der Tests ist eine Folge der anhaltenden Beschwerden von Soldaten, die am Balkan-Syndrom leiden. Die belgische Anti- DU-Bewegung erstarkt mehr und mehr. 71 belgische Organisationen unterstützen ihre „Ban Uranium Wapens“ Erklärung. Sie haben bereits eine große Bank daran gehindert, in DU-Waffenproduktionsfabriken zu investieren (siehe: [www.motherearth.otg](http://www.motherearth.otg)). Sie wollen auch eine Gesetzesvorlage zur Ächtung dieser Waffen im belgischen Senat einbringen. In Italien und Belgien gibt es auffällig starke Proteste gegen DU, da die Truppen dieser Länder im Kosov@ nachprüfbar mehr in den Regionen stationiert waren und sind, in denen diese Waffen zum Einsatz kamen. mk ●



## ZUGABe-Tagung

### Gewaltfreie Aktion quo vadis?

Über 100 AktivistInnen aus ganz Deutschland, aktiv gegen Gentechnik, Atommüll, Atom- und Uranwaffen, für eine freie Heide, gegen Arbeitslosigkeit, Graswurzelgruppen und GlobalisierungskritikerInnen usw.usw. trafen sich im Februar zur „ZUGABe“ (Ziviler Ungehorsam, Gewaltfreie Aktion, Bewegung) zu Austausch, Wiedersehen, Planung und Party im Wendland.

Eine der diskutierten Fragen war: Wie haben sich direkte Aktionsformen in den letzten Jahren entwickelt? Tenor war, dass es in der komplexer werdenden Welt nach dem Kalten Krieg schwieriger geworden ist, mit einer Aktion Bilder zu schaffen, die unmissverständlich sind und ohne einen moralischen Zeigefinger zum Nachdenken anregen. In einer Arbeitsgruppe zum Thema „Iran-Uran“ zeigte sich dies in der spannenden Diskussion um mögliche Aktionsorte:

- Urananreicherungsanlage Gronau: verdeutlicht die Doppelmoral eines möglichen Irankrieges, da es sich um denselben Anlagentyp handelt wie im Iran.
- Forschungsreaktor Garching II: läuft mit atomwaffenfähigen Uran und verstößt gegen internationale Verträge trotz möglicher Alternativen.
- Fliegerhorst Büchel: Hier trainieren sogar deutsche Bundeswehrsoldaten entgegen dem Völkerrechts mit Atomwaffen – Doppelmoral hoch 10, doch der direkte Vergleich mit dem Iran wird bei einer Aktion u.U. schwerer deutlich.
- Die US-Militärbasen Ramstein und Spangdahlem: Von hier würde ein Irankrieg hauptsächlich geführt. Manche TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe argumentierten hierfür, da wir uns von den Kriegstreibern instrumentalisieren lassen würden, wenn wir uns auf ihre Argumente, es ginge darum, den Iran von der Entwicklung von Atomwaffen fernzuhalten, einlassen. Ist der Iran doch laut Pentagon noch viele Jahre von eigenen Atomwaffen entfernt.

Eine eindeutige Lösung konnten die Teilnehmenden zur Frage nach „dem“ richtigen Aktionsort nicht finden, um die Doppelmoral der Iran-Diskussion zu verdeutlichen und dazu beizutragen, einen möglichen Krieg zu verhindern. Darüber hinaus bleibt die Frage: Was wird tatsächlich von der Öffentlichkeit wahrgenommen, die im Moment, anders als beim Irakkrieg, nicht eindeutig gegen einen Irankrieg eingestellt ist. jk ●

**Stichwort: Tschernobyl**

Am 26. April 1986 um 1.23 Uhr explodierte der Reaktor 4 des Atomkraftwerks Tschernobyl (heute Ukraine). Bei diesem größten Atomunfall der menschlichen Geschichte wurde das 600-fache an Radioaktivität freigesetzt wie beim Atombombenabwurf auf Hiroshima. Erst drei Tage nach dem Unfall gab ihn die Regierung der UdSSR bekannt. 800.000 Katastrophenhelfer, von denen viele später starben, löschten das Feuer und bauten einen Beton-Sarkophag um den Reaktor. In vielen Dörfern in Weißrussland und Russland stieg die Strahlenbelastung auf das 1530 bis 3650-fache im Vergleich zur Zeit vor dem Unfall. Die IAEA sagt bis heute, dass die Katastrophe nur 31 Tote, einige hundert stark verstrahlte Personen und 2000 Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern verursacht habe. UN-Generalsekretär Kofi Annan spricht jedoch von bislang 9 Millionen Opfern.

Assata Küpker (übers. & gek. jk)

**Glossar:**

**CTBT:** Comprehensive Test Ban Treaty. Umfassender Atomteststoppvertrag, der alle Atomtests verbietet. Tritt erst in Kraft, wenn 44 bestimmte Staaten ihn ratifiziert haben (bisher: 33). Bisher ist nur der „Teilweise Teststoppvertrag“ in Kraft, der Tests in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser verbietet.

**CTBTO:** Comprehensive Test Ban Treaty Organization. Autonome Sonderorganisation der UNO, die die Einhaltung des Vertrags überwachen soll. Bisher ist lediglich eine Vorbereitungskommission aktiv.

**GAU:** „Größter anzunehmender Unfall“, bzw. größter noch beherrschbarer Unfall. Der Begriff ist also noch zu überbieten, wenn der Unfall alle Sicherheitssysteme übersteigt.

**Cäsium-137:** Eines der über 200 radioaktiven Isotope, die in Tschernobyl ausgetreten sind. Physikalische Halbwertszeit: 30 Jahre. Zerfällt u.a. in weitere radioaktive Stoffe. Setzt sich vor allem in Magen, Leber und Milz ab.

**IAEO (auch: IAEA):** Internationale Atomenergieorganisation. Auftrag: Förderung und Überwachung der Atomenergie im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag. Generaldirektor: Dr. ElBaradei.

**JK, mit Hilfe von wikipedia.org**

# Die Erben von Tschernobyl

## Eine Jugendliche aus Weißrussland erzählt.

**Sviatlana Ramanchykava wurde 1983, drei Jahre vor dem „Super-Gau“ geboren. Die heutige Studentin an der Technischen Universität Minsk beschreibt den Atomunfall in Tschernobyl und seine Auswirkungen auf ihre Gesellschaft.**



In Weißrussland ist es wieder warm, eine milde Sonne wärmt die Erde. 26. April, Geburtstag meiner Mutter. Aber für mich ist der Tag nicht nur fröhlich. Er erinnert jedes Jahr an ein tragisches Ereignis mit globalem Ausmaß. Am selben Tag 1986 gab es eine Explosion im Atomkraftwerk Tschernobyl, die bis heute die Menschheit schmerzt.

Der Kalte Krieg. Rüstungswettlauf. Angst vor einem möglichen Angriff auf die UdSSR. Einige Jahre vor der Explosion in Tschernobyl hatten israelische Flugzeuge den von der UdSSR konstruierten Union Reaktor im Irak zerstört. Die Behörden der UdSSR begannen, Tests in Atomkraftwerken zu verlangen, um mögliche Konsequenzen von gegnerischen Angriffen und Ausfällen in der Stromversorgung herauszufinden.

Die ernsthaften Mängel des Atomkraftwerks Tschernobyl wurden ignoriert. Stattfindende Zwischenfälle wurden sorgfältig versteckt. Die Tests, die in dieser Nacht stattfanden, waren notwendig vor der Inbetriebnahme des 4. Kraftwerksystems. Manchmal erschienen Alarmsignale, doch die Operatoren am Kontrollschalter führten die Anweisungen des Chefingenieurs durch, verschoben die Kapazität des 4. Reaktors unter die Sicherheitsgrenze, versuchten sie zu erhöhen, dann senkten sie sie wieder... Erreichen eine kritische Grenze...

Niemand glaubte ernsthaft an die Möglichkeit eines Versagens. Keiner verstand sofort, dass es tatsächlich stattgefunden hatte. Und dass es 50 Tonnen nuklearen Brennstoff in die Atmosphäre geworfen hatte – ein Vielfaches von Hiroshima.

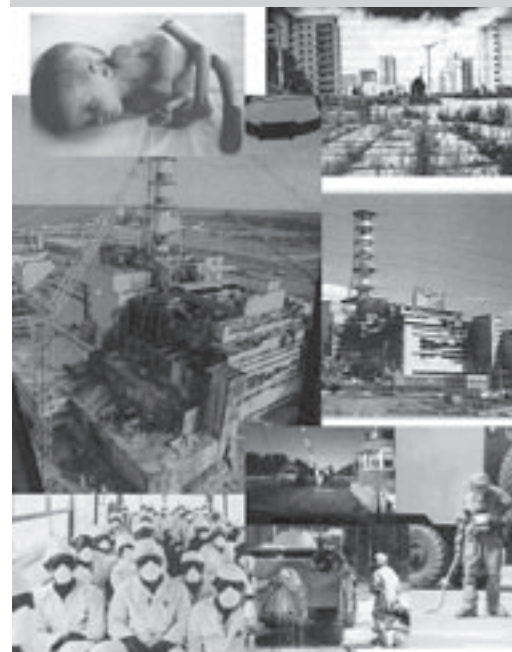
Laut verschiedener Untersuchungen fielen 34% bis 70% aller Niederschläge von Cäsium 137 auf dem europäischen Kontinent auf Weißrussland. Der verseuchte Bereich umfasst fast ein Viertel des Landes. Mein Großvater lebt in der Region Gomel, wo bis heute Dörfer leer stehen, da die Menschen von dort vor vielen Jahren evakuiert wurden.

Laut Experten hat der Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl Schaden in Höhe von 235 Milliarden US Dollar verursacht. Das ist 32 mal der Jahreshaushalt Weißrusslands von 1986, dem Jahr in dem der Unfall stattfand.

**Fortsetzung S. 9 unten →**

*“Erst vor kurzer Zeit fanden wir heraus, dass manche der radioaktiven Wolken, die in Richtung Moskau drifteten, auf Befehl von Moskau hin von Militärpiloten aus Gomel besprüht und so zum Abregnen gebracht wurden. Ergebnis war, dass Weißrussland und speziell die Region Gomel 75% allen radioaktiven Niederschlags empfing. Dies wurde nicht nur durch den Tschernobyl-Unfall, sondern durch eine offizielle Entscheidung der sowjetischen Regierung verursacht.”*

*Prof. Galina A. Drozdova, International Medical Commission on Chernobyl (IMCC), April 1996*



Fotos: Collage zusammengestellt von Assata Küpker

# Macht Deutschland endlich atomwaffenfrei!

## NPT Youth Action fordert Fritz Kuhn zum Handeln auf

Beim Neujahrsempfang der Grünen übergab Tobias Bollinger dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen Fritz Kuhn eine Erklärung, in der ein atomwaffenfreies Deutschland verlangt wird.

Die Initiative forderte, den Abzug der hier stationierten US-Atomwaffen in den Deutschen Bundestag möglichst mit einem interfraktionellen Antrag einzubringen. Tobias Bollinger überreichte beim Neujahrsempfang der Grünen in Göppingen an Fritz Kuhn, MdB und Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag, als Zeichen der Hoffnung auf nukleare Abrüstung, Sonnenblumensamen-Tütchen. Dazu übergab er folgende Erklärung:

„Wir möchten daran erinnern, dass Atomwaffen vom Internationalen Gerichtshof eindeutig und unmissverständlich für völkerrechtswidrig erklärt wurden.“

## Deshalb fordern wir die Beendigung der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO:

- insbesondere den endgültigen und vollständigen Abzug sämtlicher US-Atomwaffen aus Ramstein und Büchel und
- die Beendigung der politischen Mitwirkung Deutschlands an der Planung eines möglichen Atomwaffeneinsatzes der NATO!

Wir erwarten von der Grünen Bundestagsfraktion, Initiativen gemäß den Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag zur vollständigen Abrüstung sämtlicher Atomwaffen zu ergreifen und die Aufnahme von Verhandlungen über ein generelles Verbot von Atomwaffen (Atomwaffenkonvention) zu fördern.

Wir wünschen uns, dass in dieser Bundestagsperiode der Abzug der Atomwaffen beschlossen wird und die Atomwaffenfreiheit Deutschlands im Grundgesetz verankert wird - ähnlich wie in der Österreichischen Verfassung. So könnte Deutschland in der nächsten Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags eindeutige Schritte zur Erfüllung des Vertrages vorweisen.“

Die NPT-Youth Action ist eine bei einer Jugend-



## Studien- und Aktionsreise nach Wien!

Die diesjährige Studien- und Aktionsreise der Friedenswerkstatt Mutlangen findet vom 5. bis 11. Juni nach Wien statt. Mehr dazu auf S.13! Weitere Jugend-Aktionen und Begegnungen findet Ihr im Termin-Kalender auf der Rückseite.

aktionsreise der Pressehütte Mutlangen im Mai 2005 in New York entstandene Initiative zur Abschaffung aller Atomwaffen. Die Jugendlichen sind in großer Sorge über die Zukunft des Nichtverbreitungsvertrags. Die Verhandlungen im Mai 2005 sind gescheitert und die Fronten haben sich verhärtet. Wenn diese Entwicklungen weitergehen, befürchten die Jugendlichen, dass es ihrer Generation unmöglich sein wird, das Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu erreichen.

Tobias Bollinger ●



## Fortsetzung → Zukunft von Reaktorunfall geprägt

Die Konsequenzen von Tschernobyl zu überwinden wird viele Jahrzehnte dauern. Während all dieser Jahre wird die Tschernobyl-Tragödie ihren Schatten auf die Wirtschaft, den sozialen Bereich und andere lebensnotwendige öffentliche Aufgaben werfen. Menschen vergessen selbst die schrecklichsten Geschehnisse nach einiger Zeit. Die Welt steht heute neuen Problemen gegenüber. Aber in Weißrussland wird das tragische Erbe Tschernobyls weiterhin das Leben von Menschen zukünftiger Generationen verkrüppeln.

2005, Minsk, Hauptstadt der Republik Weißrussland. Ende Mai, aber die Sonne brennt schon wie im Sommer. Es wäre schön, aufs Land

zu gehen und sich in der Natur auszuruhen. Aber schreckliche Gerüchte schleichen durch das Land: Im Schutzbunker des Atommeilers Tschernobyl ist etwas ausgefallen. Ein Unfall? Die Menschen sitzen zu Hause, wissen nicht was sie tun sollen, hören sich gierig alle Nachrichten an, versuchen, verlässliche Informationen zu bekommen. Und es stellt sich heraus, dass alles erfunden ist, entweder als ein Witz, oder um der Regierung zu schaden. Aber über so etwas kann man keine Witze machen! Es ist nicht möglich, über Tod, Leiden und menschlichen Schmerz zu lachen! Niemand wird behaupten, dass ihm ein Problem wie Tschernobyl egal sei. Kein Land kann mit diesem Problem allein zurechtkommen - aber globale Bemühungen können die Welt verändern. S. Ramanchykava Übersetzung: jk ●

## Go. Stop. Act!

### Buch über die "Kunst des kreativen Straßenprotests"

Keine Lust auf langweilige Latschedemos? Kein Bock auf billige Bannersprüche? Aber trotzdem zu viel Wut im Bauch, um die Welt den MilitaristInnen und dem Mainstream zu überlassen?

In "Go. Stop. Act!" findest Du Anregungen zu zahlreichen kreativen Formen des Straßenprotests mit so klangvollen englischen Namen wie „Adbusting“, dem Verfremden von Werbebotschaften, „Laugh Parade“, bei der Absurditäten einfach ausgelacht werden, oder Critical Mass“, Fahrraddemos.

Viele der beschriebenen Aktionsformen haben mit einer Wiedereroberung des öffentlichen Raumes zu tun – eine bunte und kreative Gegenbewegung zur Privatisierung, Kommerzialisierung und Überwachung durch Konzerne, Sicherheitsdienste, Werbeflächen etc. Doch neben der Rückführung in „Lebens-Raum“ können Aktionen wie Straßenparties oder Carnivals, Guerilla Gardening und politische Straßenmusik und -theater auch diverse politische Themen transportieren.

### „SPAIDS-Kranke“ auf der Straße

So entwickelt zum Beispiel das Theaterprojekt „Schluck & weg“ jedes Jahr ein Straßentheaterstück zu einem aktuellen Thema, wie etwa Arzneimittelmarkt und „3.Welt“. Die Gruppe von ca. acht Personen bereitet sich dabei inhaltlich auf das Thema vor und entwickelt daraus mit Mitteln von Verfremdung, Improvisation und Musik ein Straßentheaterstück. Mit diesem ziehen sie dann durch die Lande. In diesem Fall entstand ein Science Fiction Thriller mit

dem Titel „Space TRIPS“, bei dem SPAIDS-Kranke auf einem Schrottraumschiff durchs Weltall düsen. Nach dem spektakulären Finale des Stücks werden auf der Straße Aktionspostkarten verteilt, damit die ZuschauerInnen selbst aktiv werden können.

In einer Mischung aus Erfahrungsberichten, Bewegungsgeschichte und konkreten Tipps und Aktionsanleitungen stellte Marc Amann ein inspirierendes und praxisorientiertes Buch zusammen, das Spaß macht und das subversive Denken wachkitzelt. Ideen für einen heißen Widerstands-Sommer!

Go. Stop. Act! ist im Trotzdem-Verlag erschienen und im Buchhandel erhältlich. jk ●



## Zwischenruf

Ich möchte, dass auf der Packung steht, was drin ist. Der Sicherheitskonferenz in München hat Horst Teltschik das schöne Motto „Frieden durch Dialog“ verpasst. Wer denkt da nicht an die offene Veranstaltung einer Friedensgruppe.

Doch weit gefehlt. Wenn sich im Traditionshotel Bayerischer Hof Verteidigungsminister, Militärs, Parlamentarier und Manager der Rüstungsindustrie treffen, dann herrscht Ausnahmezustand. Das Hausrecht übernimmt die Bundeswehr und 4.000 Polizisten sperren das Hotel weiträumig ab.

Das Bundespresseamt finanziert die Sicherheitskonferenz mit 300.000 Euro. Der Steuerzahler sponsert also jeden Teilnehmer mit rund 1.000 Euro. Doch wer nimmt überhaupt teil? Veranstalter Teltschik ließ sich nicht in die Karten schauen und verweigerte die Auskunft über sein Auswahlverfahren von Teilnehmern und Rednern. Den friedensbewegten Europaparlamentarier Pflüger ließ Teltschik trotz ursprünglicher Zusage vor der Tür stehen. Der Empfang bei Münchens Oberbürgermeister Ude fiel erneut aus. Er konnte so den Kriegstreibern nicht ins Gewissen reden. Wenn das Motto kein Etikettenschwindel bleiben soll, muss sich einiges bei der Sicherheitskonferenz ändern. Sie braucht ein Kuratorium, so dass transparent wird, wer aus welchem Grund eingeladen wird. Es müssen auch Vertreter ziviler Konfliktlösung zu Wort kommen. Werden sie weiterhin ausgesperrt, bleibt die Sicherheitskonferenz eine Mogelpackung. **wsh ●**

**Bundeskanzlerin Merkel stellte auf der Sicherheitskonferenz fest, der Iran habe die „rote Linie“ überschritten. Sie erklärte Irans Vizeaußenminister Aragchi nicht, warum Irans Nuklearprogramm als Bedrohung gesehen wird und die Atomwaffen von Israel nicht. Frankreichs Drohung mit Atomwaffen kritisierte sie nicht. Nach Dialog für den Frieden klang dies nicht.**



# Iran-Krise

**Der FreiRaum will den politischen Diskurs fördern. Wir haben uns daher mit Fragen zur eskalierenden Auseinandersetzung mit dem Iran an die SPD gewandt, als Regierungspartei, die in der vorherigen und jetzigen Bundesregierung die Verhandlungspolitik der EU maßgeblich prägt. Dr. Uwe Stehr, wissenschaftlicher Mitarbeiter des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Fraktion antwortete. Die gleichen Fragen legten wir Prof. Andreas Buro vom Komitee für Demokratie und Grundrechte vor. Ihre unabhängig voneinander gegebenen Antworten dokumentieren wir in FreiRaum-Kontrovers.**

**FreiRaum:** *Gibt es aktuelle Verstöße gegen den Nichtverbreitungsvertrag (NVV), die dem Iran vorgeworfen werden und nachgewiesen werden können?*

**Dr. Uwe Stehr:** Der Artikel 4 des 1970 in Kraft getretenen NVV gestattet den Mitgliedsstaaten die friedliche Nutzung der Kernenergie. Der Artikel 2 nennt dafür folgende Bedingung: Jeder Staat, der dem NVV beitrifft muss ein Sicherheitsabkommen mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) unterzeichnen. Im Rahmen dieses sog. Safeguards-Abkommens fällt der IAEO die Aufgabe zu, die nuklearen Aktivitäten der jeweiligen Staaten auf ihren friedlichen Charakter hin zu überprüfen. Iran hat als NVV-Mitgliedsstaat ein entsprechendes Abkommen mit der IAEO im Jahre 1974 unterzeichnet. Damit hat sich der Iran verpflichtet, sämtliche nukleare Aktivitäten der IAEO zu melden und den Inspektoren der Behörde zu ermöglichen, diese Anlagen intensiv zu kontrollieren.

Gegen diese Verpflichtung hat der Iran mehrfach verstoßen: Seit Mitte der 80-iger Jahre arbeiten iranische Wissenschaftler an einem erst 1992 bekannt gegebenen nuklearen Forschungsprogramm in Isfahan; der Vater der pakistanischen Bombe, Abdul Quader Khan, hat 1987 Dokumente über die Herstellung von Gaszentrifugen an den Iran geliefert. Dieser Sachverhalt wurde der IAEO erst im Januar 2005 mitgeteilt. 1991 kaufte der Iran kleinere Mengen Uran und Gaszentrifugen von China und führte Urananreicherungsexperimente in einer Uhrenfabrik in Teheran durch. Sowohl der Urankauf als auch die Lieferung der Zentrifugen wurden der IAEO nicht gemeldet. Der bislang schwerste Verstoß Irans gegen das Safeguards-Abkommen war der Bau einer Urananreicherungsanlage in Natanz, die erst nach Hinweisen von iranischen Oppositionellen durch die Inspektoren entdeckt wurde.

Bei all diesen Vorfällen handelt es sich nicht um verbotene Aktivitäten, sondern um Verstöße gegen die vertraglich vorgeschriebene Informationspflicht. So enthält der NVV kein Verbot der Urananreicherung. Aber die Urananreicherung ist eine sogenannte dual-use-Technologie, mit der sowohl nukleare Brennstäbe zur Energiegewinnung als auch atomwaffenfähige hoch angereicherte Uran-Elemente hergestellt werden können. Um kontrollieren zu können, dass derartige Anlagen ausschließlich für zivile Zwecke genutzt werden, ist ein wirksames Safeguards-System und die Offenlegung sämtlicher nuklearer Aktivitäten zwingend

erforderlich.

**Prof. Andreas Buro:** Die Internationalen Atomenergieorganisation' (IAEO) kann dem Iran keinen Bruch seiner Verpflichtungen gegenüber dem NVV nachweisen. Der Verdacht, der Iran beabsichtige Atomwaffen zu bauen, beruht auf so oder so zu interpretierenden Indizien und darauf, dass Teheran früher Meldeverpflichtungen gegenüber der IAEO aus dem Safeguards-Abkommen von 1974 und dem Zusatzprotokoll von 1998 nicht eingehalten hat. Das haben allerdings auch andere Länder getan, ohne dass davon viel Aufhebens gemacht worden wäre.

**FreiRaum:** *Welche konkreten Angebote wurden dem Iran als Gegenleistung für einen Verzicht auf die Urananreicherung gemacht?*

**Dr. Uwe Stehr:** Die EU hat eine enge politische, wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit angeboten, die unter anderem folgende Maßnahmen enthält:

- Anerkennung des Rechtes auf zivile Atomnutzung und volle Unterstützung eines Programms für Leichtwasser- und Forschungsreaktoren, einschließlich der bisherigen russisch-iranischen Nuklearkooperation;
- EU-Garantien für die Lieferung von Brennstoffen und modernen Technologien für dieses Programm;
- Abnahmezusagen für iranische Öl- und Gaslieferungen;
- Aufbau eines gemeinsamen „Energie-Management und Technologiecenters“;
- Sicherheitszusagen, insbesondere für ein regionales Stabilitätsregime;
- Hilfe beim WTO – Beitritt sowie Abschluss eines Handels-Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Iran.

Der Iran lehnte dieses Angebot am 8. August 2005 ab und nahm den Betrieb der bis zu diesem Zeitpunkt ruhenden Urankonversionsanlage in Isfahan wieder auf.

**Prof. Andreas Buro:** Bei den angeblich umfangreichen wirtschaftlichen Anreizen ging es z. B. um technologische Kooperationen im Bereich Öl und Gas, Landwirtschaft und Wasserversorgung. Es handelte sich jedoch im Wesentlichen um eine Vielzahl von Projekten, die längst vereinbart bzw. begonnen worden waren. Bei der Aufhebung von Handelsdiskriminierungen, der Aufnahme in die Welthandelsorganisation und der Ersatzteillieferung für die iranische Zivilluftfahrt erklärten sich die EU-Drei nur unverbindlich bereit, Iran zu unterstützen. Bei dem für den Iran besonders wichtigen asiatischen Pipeline-Projekt (zwischen dem Kaspischen Meer und dem Persischen Golf) signalisierten sie sogar lediglich „Diskussionsbereitschaft“. Verbindlicher war das EU-Angebot bei der Bereitstellung von Brennstäben, der Rücknahme des Atom Mülls und der Lieferung von Leichtwasserreaktoren.

Der Iran fühlt sich bedroht, nachdem die USA ihn auf die Achse des Bösen gesetzt haben. Er wünscht Sicherheit, und zwar nicht nur für den geplanten Aufbau von Kernkraftwerken. Die EU-Drei konnten nur garantieren, den Iran nicht mit britischen oder französischen Atomwaffen anzugreifen. Der Iran fühlt sich durch das israelische Atomwaffenarsenal (200 – 300 Atomsprengköpfe und alle dazu erforderlichen Trägersysteme) und durch die USA bedroht,

die mit ihren Militärstützpunkten rund um den Iran herum dem Land buchstäblich im Nacken sitzen. Gegen solche Bedrohungen findet sich nichts im Angebot der EU-Drei. Es ist so wenig verwunderlich, dass die diplomatische Initiative der EU-Drei scheiterte.

**FreiRaum:** *Ist es in Ihren Augen gerechtfertigt, dass Deutschland in Gronau Uran anreichert und in Garching mit hochangereichertem Uran arbeitet und dem Iran das verwehrt werden soll? Wird da nicht eine Sonderregelung für den Iran verlangt?*

**Dr. Uwe Stehr:** Die Bundesrepublik Deutschland kommt ihren Verpflichtungen aus dem NVV-Safeguards-Abkommen ohne Beanstandungen nach. Für den Iran gilt das nicht. Deswegen verlangt die IAEA objektive Garantien dafür, dass das iranische Nuklearprogramm nicht für den Bau von Atomwaffen ausgelegt und betrieben wird. Angesichts der bisherigen iranischen Verstöße gegen die Informationspflicht wird erwartet, dass der Iran die Bereitschaft zeigt, das verloren gegangene Vertrauen durch die Akzeptierung vertrauensbildender Maßnahmen wieder zu gewinnen. Zu solchen Maßnahmen gehört, dass der Iran den militärisch brisanten Teil seines Atomprogramms während der Verhandlungen mit der IAEA ruhen lässt und den Inspektoren der IAEA ungehinderten Zugang zu seinen Atomanlagen gewährt.

**Prof. Andreas Buro:** Dem Iran gegenüber gilt internationales Recht offensichtlich nicht mehr. Deutschland, wie auch andere Staaten, haben durch ihre zivile Kernenergie die Voraussetzungen, in relativ kurzer Zeit Atomwaffen herstellen zu können. Hier offenbart sich ein Dilemma des Atomwaffensperrvertrages: Die zivile Nutzung der Kernenergie schafft wesentliche Voraussetzungen für den Bau von Atomwaffen.

**FreiRaum:** *Wie würde ein Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland und die Aufgabe der nuklearen Teilhabe Deutschlands Position in der internationalen Politik beeinflussen?*

**Dr. Uwe Stehr:** Das ist eine hypothetische Frage, die nur spekulativ beantwortet werden könnte.

**Prof. Andreas Buro:** Deutschland ist Träger wichtiger US-Militärstützpunkte, die auch Atomwaffen beherbergen. Viele US-Einsätze in Nah- und Mittelost werden von Deutschland aus organisiert und gesteuert. Daher hat die Schröder/Fischer-Regierung beim Angriff der USA auf Irak die Überflugrechte der USA nicht angetastet. Berlin strebt eine führende Rolle in der NATO an, die sich gerade in eine weltweite Interventionsstreitkraft verwandelt. Deshalb wird Berlin den Abzug der US-Atomwaffen allenfalls erst dann fordern, wenn diese militärisch hier nicht mehr benötigt werden. Aber auch das ist nicht wahrscheinlich, da seine nukleare Teilhabe in einer ‚günstigen Konstellation‘ eine Option darstellt, relativ schnell zur Atommacht aufzusteigen.

**FreiRaum:** *Macht Deutschland sich im Konfliktfeld Naher Osten nicht angreifbar, wenn es einerseits dem Iran den Zugang zu Atomwaffen verbieten will und andererseits Israel at omar bestückbare Dolphin U-Bote liefert?*

**Dr. Uwe Stehr:** Die drei U-Boote für Israel sind konventionelle Boote und haben deswegen mit der generellen Thematik nichts zu tun.

**Andreas Buro:** Deutschland steht im Iran-

Konflikt eindeutig auf der Seite der USA und Israels. Die Lieferung der U-Boote an Israel hat unter militärischen Gesichtspunkt die Funktion, die nukleare Abschreckung Israels so auszuweiten, dass eine nukleare Zweitschlagfähigkeit auf alle Fälle gesichert ist. So hat die Lieferung der U-Boote nichts mit Friedenspolitik zu tun, sondern bedeutet, dass Deutschland auch in seiner Nah- und Mittelostpolitik auf militärischen Konfliktaustrag setzt. Diese grundsätzliche politische Orientierung greifen wir von der Friedensbewegung an.

**FreiRaum:** *Welche Möglichkeiten sehen Sie für Deutschland, den Konflikt zu entschärfen? Wären Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone Naher Osten nicht eine sinnvolle Option?*

**Dr. Uwe Stehr:** Deutschland und die übrigen Mitglieder der EU haben die Hoffnung, dass es Russland gelingen wird, eine befriedigende Lösung dieses Konflikts auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion hält an dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest. Sie erwartet von der Bundesregierung, dass sie sich für dieses Ziel in den internationalen Gremien, wie zum Beispiel den Überprüfungskonferenzen des NVV-Vertrages einsetzt. Eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten wird es so lange nicht geben, solange Staaten und maßgebliche Kräfte im Nahen und Mittleren Osten das Ziel verfolgen, Israel von der Landkarte zu tilgen. Die Eskalation des Konfliktes um das iranische Nuklearprogramm hängt auch damit zusammen, dass der iranische Präsident öffentlich das Existenzrecht Israels in Frage stellt. Unter diesen Bedingungen ist eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten Illusion.

**Prof. Andreas Buro:** Zunächst sollte die Bundesregierung sich grundsätzlich gegen einen Militärschlag wenden und ihn nicht als ‚letztes Mittel‘ akzeptieren. Zweitens sollte sie einen Vorschlag für eine langfristig angelegte ‚Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Nah- und Mittelost‘ (KSZNM) ausarbeiten und ihr gutes Ansehen in dieser Region für Sondierungen hierzu nutzen. Drittens sollte sie als Vertrauen bildende Maßnahme bilaterale Gespräche mit Teheran über wichtige Kooperationen unabhängig vom ‚Wohlverhalten‘ Teherans in der Atomfrage führen. Viertens muss sie in allen internationalen Institutionen (z.B. der IAEA) dafür eintreten, dass der Nichtverbreitungsvertrag von allen Unterzeichnerstaaten strikt eingehalten wird. Das schließt die Überwachung von Atomanlagen durch die IAEA ebenso ein wie die Verpflichtung der Atomwaffen besitzenden Staaten zur atomaren Abrüstung. Die Friedensbewegung muss sich für eine internationale Kampagne gegen einen militärischen Konfliktaustrag einsetzen und von den USA und von Israel eine Nichtangriffsgarantie für den Iran fordern, damit aus der Konfrontation in Nah- und Mittelost eine Kooperation werden kann. **wsh ●**

#### IRAN Hintergrundinformationen im Internet:

[www.iaea.org/Publications/Documents/Infcircs/2004/infirc637.pdf](http://www.iaea.org/Publications/Documents/Infcircs/2004/infirc637.pdf)  
[www.iaea.org/Publications/Documents/Infcircs/2005/infirc651.pdf](http://www.iaea.org/Publications/Documents/Infcircs/2005/infirc651.pdf)  
[www.armscontrolwonk.com](http://www.armscontrolwonk.com)  
[www.iaea.org/NewsCenter/Focus/IaeaIran/index.shtml](http://www.iaea.org/NewsCenter/Focus/IaeaIran/index.shtml)

**IPPNWaktuell: Kein Krieg gegen den Iran!**  
Basisinformation und Erklärung, die auch online unter-schrieben werden kann: [www.ipnw.de](http://www.ipnw.de)



*Der Vertrag, den US-Präsident Bush mit Indiens Premier Singh geschlossen hat, soll die Atomenergie in Indien voranbringen. Indien betreibt derzeit 15 AKWs. Bis 2009 sind 7 weitere AKWs geplant.*

#### Atompakt USA - Indien

Nach mehr als 30-jährigem Boykott wollen die USA als erstes Land der Welt wieder Atomtechnologie und Nuklearnmaterial zur zivilen Nutzung an Indien liefern. ... Die USA und eine Reihe weiterer Länder hatten nach ersten indischen Atomwaffentests 1974 entschieden, dem Land kein Nuklearnmaterial mehr zu liefern. Nach weiteren Tests 1998 schlossen sich alle anderen Staaten dem Lieferboykott an. Obwohl Neu Dehli den Atomwaffensperrvertrag (NPT) nicht unterzeichnet hat, erklärte sich das Land nach Verhandlungen mit den USA im Juli 2005 bereit, internationale Kontrollen seiner zivilen AKWs zuzulassen, nicht jedoch der militärischen Anlagen. Derzeit haben IAEA-Kontrolleure Zugang zu vier fertig gestellten und zwei geplanten Atomreaktoren. ...Premier Singh kündigte am Donnerstag an, Nuklearnanlagen in einem Umfang von etwa 65% der indischen Atomenergieproduktion für intern. Kontrollen zu öffnen. Im Gegenzug bieten die USA Nukleartechnik und -Brennstoff.

Der Nachrichtensender NDTV meldete unter Berufung auf nicht näher genannte Quellen, der indischen Regierung sei es gelungen, „Schnelle Brüder“ von ausländischer Aufsicht auszunehmen. Diese sind zwar noch in der Entwicklungsphase, werden aber in den kommenden Jahren große Mengen atomwaffenfähiges Plutonium produzieren. ... Bush sagte, mit der Nutzung ziviler Atomenergie durch Indien werde Druck von den Ölmärkten genommen, was auch amerikanischen Verbrauchern zugute komme. Das Abkommen sei Teil der US-Bemühungen, die weltweite Abhängigkeit vom Öl zu beenden. Auch IAEA-Chef El Baradei würdigte den Vertrag als Meilenstein. Er werde dem wachsenden Energiehunger Indiens gerecht und führe das Land als wichtigen Partner näher an den NPT heran. ... gekürzt aus dem Handelsblatt vom 3./4./5. März 2006 **mk ●**

## Parlamentarische Inspektionen

Mit großer Begeisterung wurde auf der GAAA-Jahrestagung die Idee von parlamentarischen Inspektionen weiterverfolgt. Der Europaabgeordnete Tobias Pflüger erklärte sich bereit, seine Besuchsreihe von Militäranlagen nach Büchel, Spangdahlem und Ramstein auszuweiten. Die Antworten auf dessen Anfragen zeigen, mit welchem heißen Eisen wir es dabei zu tun haben. Während es für ihn ohne Weiteres möglich war, in verschiedene Bundeswehreinrichtungen geführt zu werden, hieß es zunächst aus den US-Standorten, dass keine Besuche von Parlamentariern erwünscht seien. Gleichzeitig ist aber bekannt, dass Lokalpolitiker sehr wohl Zutritt z.B. zur Airbase Spangdahlem erhielten. Eine Besichtigung in Büchel ist für den 23. Juni vorgesehen.

## Aufrufe zur Befehlsverweigerung

Mit einem neuen Aufruf zur Befehlsverweigerung, der im März erscheint, will die GAAA zukünftig alle Soldaten und Soldatinnen auffordern, sich nicht an der nuklearen Teilhabe Deutschlands und anderen grundgesetz- und völkerrechtswidrigen Handlungen zu beteiligen. Die Aufrufe sind zur bundesweiten Verteilung in allen großen Städten sowie weiteren deutschen Militärstandorten gedacht, gerade auch vor einem möglichen Krieg gegen den Iran. Die Aufrufe zur Befehlsverweigerung stehen im Lichte zweier wegweisender Urteile: Zum einen des Freispruchs vom 22. Juni 2005 durch das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das Major Pfaff das Recht auf Gewissensfreiheit zugestand, als dieser sich im Frühjahr 2003 nicht am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak beteiligen wollte. Zum anderen des Freispruchs vom 28. September 2005 durch das OLG Koblenz, das Hanna Jaskolski und Hermann Theisen das Recht auf freie Meinungsäußerung beim Verteilen der Aufrufe zur Befehlsverweigerung zugestand. Das Flugblatt ist erhältlich bei der GAAA, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart, gaaa@paritaet-bw.de oder online unter [www.gaaa.org](http://www.gaaa.org). Eine BürgerInneninformation zum Leipziger Urteil wurde jüngst herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, Telefon 0221/97269-20 und -30, [info@grundrechtekomitee.de](mailto:info@grundrechtekomitee.de)

rob ●

# Pacemakers - Radmarathons 2006

pro-tour 7.-10. Juni/Ausschreibung für Tour am 5. August läuft

**Die Pacemakers pro-tour ("Schrittmacher für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen") mit vier Radsportlern im Vorfeld bzw. zu Beginn der Fußball-WM in Deutschland wird alle 12 WM-Städte zwischen dem 7. und 10. Juni auf einer Länge von ca. 2200 km anfahren. Das angestrebte sportliche Fairplay soll mit dem Wunsch nach einem „global fair play“ verbunden werden.**

Unterstützt werden die Sportler dabei von sieben ständigen Begleitern in einem Auto und zwei Wohnmobilen, die als eine Art Werbekarawane mit Plakaten und Lautsprechern ausgestattet sind. Auf diese Weise soll die Botschaft einer atomwaffenfreien Welt in die Dörfer und Städte entlang der Strecke gebracht werden.

Im Mittelpunkt der 75-stündigen Nonstop Tour stehen die jeweils etwa 30 minütigen Empfänge mit Oberbürgermeistern (größtenteils Mitglied in der Bürgermeisterbewegung Mayors for peace), Bundestagsabgeordneten, Sportlern und den Organisatoren vor Ort. Mit großem Nachdruck wird seitens des Vorbereitungsteams daran gearbeitet, die pro-tour gut in der Öffentlichkeit zu verankern.

Es ist gelungen, die Radsportlegende Udo Bölts, 12-facher Teilnehmer an der Tour de France, für die sportliche und Karin Kortmann, parlamentarische Staatssekretärin im Ministerium für entwicklungspolitische Zusammenarbeit, für die politische Schirmherrschaft zu gewinnen. „Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, mich für eine friedliche und gerechte Welt einzusetzen. Und die Verbindung mit dem Radfahren ist für mich optimal“ meinte Bölts bei der Präsentation am 11. Januar in Kaiserslautern.

Mit besonderer Spannung erwartet der pro-tour-Tross den Auftritt in Gelsenkirchen. Wenige Minuten nach Ende des WM-Eröffnungsspiels in München und kurz vor Beginn des zweiten Spiels in Gelsenkirchen (Ecuador-Polen) wird die pro-tour "Auf Schalke" erwartet. Sogar das Oberbürgermeisterbüro hat seine Bereitschaft signalisiert, alles ihm Mögliche zu unternehmen, um den Empfang entweder im WM-Stadion (mit bis zu 50.000 Zuschauern) oder in der Glückauf-Kampfbahn (mit bis 20.000 Zuschauern) durchzuführen. Die Pacemakers freuen sich über eine rege Anteilnahme, sei es durch Teilnahme am Empfang oder finanziell. Mit einer Spende ab 20,20 Euro (Atomwaffenfrei bis 2020) hat jede/r Unterstützer die Möglichkeit, sich im Internet mit einem Foto zu verewigen. Das Spen-



## Im folgenden dokumentieren wir den geplanten Verlauf:

### Mittwoch, 7. Juni

- Kaiserslautern, Stiftsplatz (10:00 - 10:30, Start)
- Stuttgart, Markplatz (15:15 - 15:45)
- München, Marienplatz (22:30 - 23:00)

### Donnerstag, 8. Juni

- Nürnberg, Rathausplatz (05:15 - 05:45)
- Leipzig, Martin-Luther-Ring 4 (15:15 - 15:45)
- Berlin, Pariser Platz (20:45 - 21:15)

### Freitag, 9. Juni

- Hamburg, Am Rathausmarkt (06:00 - 06:30)
- Hannover, Am Trammplatz (11:00 - 11:30)
- Dortmund, Friedensplatz (17:50 - 18:20)
- Gelsenkirchen, Glückauf-Kampfbahn (19:50 - 20:20)
- Köln, Roncalliplatz (23:00 - 23:30)

### Samstag, 10. Juni

- Büchel, Parkplatz Fliegerhorst (03:15 - 03:30)
- Frankfurt, Opernplatz (08:00 - 08:30)
- Ramstein, Westgate Airbase (13:00 - 13:15)
- Kaiserslautern, Stiftsplatz (13:45)

denkonto lautet: PAX AN e.V., Kontonummer 361349-705, Postbank Stuttgart, BLZ 60010070, Verwendungszweck: PACEMAKERS. Oder [www.pace-makers.de/spenden.html](http://www.pace-makers.de/spenden.html)

**Am 5. August, dem Vorabend des 61. Jahrestags des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, führt die offiziell ausgeschriebene Pacemakers-Tour von Büchel über Kirn, Ramstein, Neustadt/Weinstrasse, Bretten, das EUCOM in Stuttgart nach Ludwigsburg auf einer Distanz von 346 km. Zu dieser Tour, die am 17.2. offiziell ausgeschrieben wurde, werden 200 Radsportler und Radsportlerinnen erwartet. Weitere Informationen: [www.pace-makers.de](http://www.pace-makers.de)**

rob ●

# Atomwaffenfragen im Bundestag

## Die Bundesregierung gibt keine Antworten

Die Bundesregierung will zu der Frage, ob in Büchel 20 Atombomben lagern, die für den Einsatz durch Piloten und Flugzeuge der Bundeswehr bestimmt sein sollen, keine Auskunft geben. Das macht sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion deutlich.

28 Fragen über die Atomwaffen in Deutschland und die Nukleare Teilhabe wurden von Norman Paech und weiteren Abgeordneten der Linksfraktion zusammengetragen und der Bundesregierung gestellt. Die Standardantwort lautete: „Nein. Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.“

Diese lautete:

„Die Bundesregierung misst dem Schutz und der Sicherheit der eventuell in der Bundesrepublik Deutschland lagernden Nuklearwaffen in Übereinstimmung mit den Bündnispartnern unabhängig von Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage höchste Bedeutung zu. Zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Schutz und Sicherheit dienen neben infrastrukturellen, technischen und verfahrensmäßigen Maßnahmen besonders die Mittel der Geheimhaltung dazu, rechtswidrigen Angriffen und Störungen auf eventuell gelagerte Nuklearwaffen und damit möglichen Risiken für Bevölkerung und Umwelt vorzubeugen.

Die Bundesregierung wird deshalb entsprechend den unverändert gültigen Geheimhaltungsregelungen des Bündnisses und in Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis auch in der Zukunft insbesondere aus Sicherheitsgründen bei dem bewährten Geheimhaltungsgrundsatz bleiben und insbesondere keine Auskünfte über mögliche Lagerorte und mögliche Transporte nuklearer Waffen geben.“

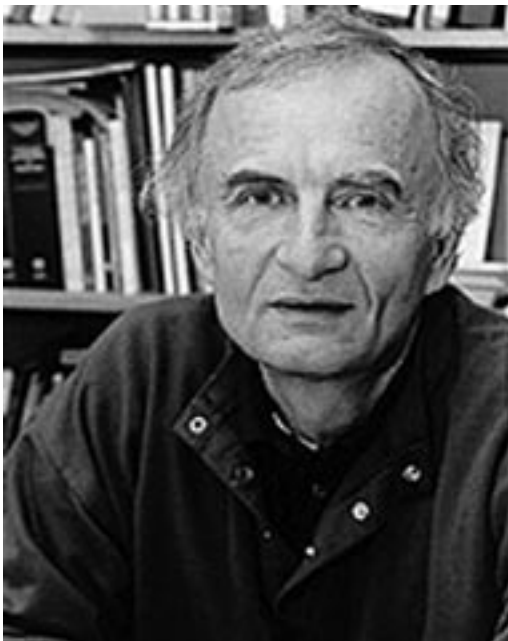
Das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes interpretiert die Bundesregierung so, dass die nukleare Teilhabe und die nukleare Einsatzplanung der NATO nicht völkerrechtswidrig seien. Das ließt sich dann so:

„Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1996 zeigt, dass der Gerichtshof zur Kenntnis nimmt, dass die Staatenpraxis noch nicht zu einem generellen Verbot von Nuklearwaffen gelangt ist. Er bezeichnet folgerichtig den Besitz von Nuklearwaffen durch die Kernwaffenstaaten und die zugrunde liegende Abschreckungsstrategie nicht als völkerrechtswidrig. Der grundlegende Zweck der nuklearen Streitkräfte der Bündnispartner ist politischer Art: Wahrung des Friedens und Verhinderung von Zwang und jeder Art von Krieg.“

Zur technischen Seite der nuklearen Teilhabe gibt sie über die Außerdienststellung des nuklearwaffenfähigen Tornados folgende Informationen preis:

„Die Nutzung des Waffensystems Tornado ist in reduzierter Stückzahl über das Jahr 2020 hinaus geplant. Der Zeitpunkt der endgültigen Außerdienststellung ist noch nicht festgelegt.

Es ist derzeit nicht geplant, das Waffensystem Eurofighter zu befähigen, Atomwaffen zu tragen.“



Der Bundestagsabgeordnete Norman Paech befragte die Bundesregierung zu den Atomwaffen in Deutschland.

Einen Abzug der in Deutschland gelagerten Atomwaffen bewertet die Bundesregierung positiv:

„Der Nichtverbreitungsvertrag beinhaltet auch das Ziel der vollständigen Abschaffung aller Kernwaffen. Diesem Ziel, das in einem schrittweisen Ansatz verfolgt wird, ist auch die Bundesregierung verpflichtet. Sie geht hierbei von einem positiven Zusammenhang zwischen Nichtverbreitung und Abrüstung aus. Seit den Spitzenzeiten des „Kalten Krieges“ wurde die Anzahl der in Europa stationierten Nuklearwaffen der NATO auf Grundlage der geltenden Strategie des Atlantischen Bündnisses um mehr als 95 Prozent verringert.“ wsh ●

**Die vollständige Frageliste und die Antworten der Bundesregierung finden Sie unter:**  
[dip.bundestag.de/btd/16/005/1600568.pdf](http://dip.bundestag.de/btd/16/005/1600568.pdf)

Die Wiener UNO-Stadt, das Vienna International Center, wird an Pfingsten Ziel der Studien- und Aktionsreise der Friedenswerkstatt Mutlangen.



Explosives Thema:

Krieg und Frieden im Atomzeitalter  
**Auf nach Wien**

**zur Studien- und Aktionsreise!**

Pfingsten 2006 vom 5. bis 11. Juni Wien ist für die Nichtverbreitung von Atomwaffen ein wichtiges Zentrum. Bei der UNO im „Vienna International Center“ ist der Sitz der IAEA, der Internationalen Atomenergiebehörde. Sie fördert die friedliche Nutzung der Atomenergie und soll mit Kontrollen die Verbreitung von Atomwaffen verhindern. Gleichzeitig ist hier auch der Sitz der CTBTO, die das durch den Vollständigen Atomteststopp-Vertrag (CTBT) geregelte Verbot von Atomwaffentests überprüft. Dafür baut sie ein weltweites Meßsystem auf, das jeden Atomwaffentests entdecken kann

Die Friedenswerkstatt Mutlangen lädt Jugendliche, sowie neue und langjährige Friedens- und Umweltbewegte ein, gemeinsam nach Wien zu fahren. Wir wollen die Versuche der internationalen Gemeinschaft, das explosive Gemisch Atomenergie-Atomwaffen zu entschärfen, kennen lernen und kritisch analysieren. Einen besonders scharfen Blick werfen wir auf den Umgang mit dem Iran. Dafür wollen wir die UNO, die IAEA und die CTBTO besuchen. Wir treffen Diplomaten, Wissenschaftler und Techniker sowie österreichische Aktivisten. Ganz nebenbei werden wir auch die Wiener Kaffeehäuser und Sehenswürdigkeiten erkunden. Österreich hat in seiner Verfassung den Verzicht auf Atomwaffen und auf Atomkraft festgeschrieben. Wir wollen herausfinden, was wir dazu beitragen können, einen weltweiten Verzicht zu erreichen.

**Kommt mit!**

Vorbereitungssseminar Techniken zum Dialog mit Entscheidungsträgern **5.5.-7.5.**

in der Pressehütte Mutlangen Wir lernen, wie wir das Internet und persönliche Gespräche nutzen können, um uns für eine friedlichere Welt einzusetzen. Und natürlich lernen wir uns kennen.

**Weitere Informationen findet ihr auf unserer Homepage:**

[www.pressehuette.de/.....](http://www.pressehuette.de/.....)

Anmeldung möglichst bis 1. Mai

Anmeldeschluss 15. Mai

Anmeldegebühr 50,00 Euro

Teilnahmekosten 250,00 Euro,

Erm. für Jugendliche

jk ●

## Norwegen meidet Atomwaffenhersteller

Die norwegische Finanzministerin Kirstin Halvorsen teilte mit, dass die norwegische Regierung nicht weiter in Unternehmen investieren werde, die an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt sind. Daher seien aus dem staatlichen „Pensionsfond Ausland“ Anteile im Wert von 415 Millionen Euro verkauft worden. Norwegen betreue damit „ethisches Neuland“, so die Ministerin, was international beachtet werde.

Aus dem staatlichen Fond wurden ausgeschlossen: der Raum- und Luftfahrtkonzern Boeing, weil Boing Teile zur Instandhaltung und Modernisierung von atomaren Interkontinentalraketen liefere, sowie die Firma Honeywell, die Computersimulationen für Atombombenexplosionen erstellt. Ausgeschlossen wurden außerdem zwei weitere US-Konzerne, United Technologies und Northrop-Grumman, sowie die britische BAE, das französische Unternehmen Safran und Finmeccanica aus Italien. Der Pensionsfonds, früher «Ölfonds» genannt, investiert Gewinne aus der Öl- und Gasförderung in der Nordsee auf internationalen Märkten, um langfristige Pensionszahlungen abzusichern. Mit einem Volumen von 1,28 Billionen Kronen, also mehr als 160 Milliarden Euro, ist der staatliche Fonds einer der größten der Welt.

## Italien: Klage gegen USA eingereicht

Die Juristeninitiative IALANA hat im Namen von fünf Atomwaffengegnern Klage gegen die US-Regierung eingereicht. Die Kläger wohnen in einem Umkreis von zehn Kilometern um den Luftwaffenstützpunkt von Aviano. Dort lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe 50 US-Atombomben.

Die Klage lautet auf Stationierung von Atomwaffen in einem Nichtatomwaffenstaat, die Gefährdung und den Bruch internationalen Rechts.

Die Kläger beantragten die Verhandlung am 7. Juli zu beginnen. Sie wählten diesen Tag, da 10 Jahre zuvor der Internationale Gerichtshof sein Rechtsgutachten zu Atomwaffen veröffentlichte, in dem er die Abrüstungsverpflichtung der Atomwaffenstaaten feststellte. Der Fall wird beim Zivilgericht von Pordenone verhandelt. wsh ●

# Freiburgs mutige Partnerschaft

## Ökometropole hat Kontakte zu iranischem Nuklearstandort

**Freiburg hat sich in den Achtzigern zur „atomwaffenfreie Zone“ erklärt. Der grüne Oberbürgermeister ist Mitglied bei „Mayors for Peace“. Freiburg besitzt als einzige Stadt in Deutschland eine Städtepartnerschaft in den Iran und die ist ausgerechnet Isfahan. Vor den Toren dieser Stadt liegt Irans Zentrum der Urananreicherung, eine Atomanlage auf mehr als 1000 Quadratkilometern. Die Städtepartnerschaft der ungleichen Städte wird so zu einem Politikum.**



Minarett in der Atomstadt

Die außergewöhnliche Städtepartnerschaft entstand aufgrund einer Initiative des Deutsch-Iraners Mohammad Salavati. Der 63-Jährige wuchs in Isfahan auf, kam 1974 nach Deutschland und initiierte die Idee zur Partnerschaft. Als die Verbindung im Oktober 2000 vertraglich besiegelt wurde, hegte der Westen noch die Hoffnung, Iran könne unter dem reformwilligen Präsidenten Mohammed Chatami zu einer berechenbaren Größe im Nahen und Mittleren Osten werden. Dem Oberbürgermeister war schon damals klar, dass die Partnerschaft keine einfache Sache würde, denn er betrachtete den Iran als einen „totalitären Staat, eine Diktatur“. In der Partnerschaft sah er jedoch die Möglichkeit des „Wandels durch Annäherung“.

Die Diskussion um das iranische Atomprogramm störte die Freiburger Stadtspitze

Münsterturm in der Solarstadt



zunächst wenig. Erst als Irans ultra-konservativer Präsident Mahmud Ahmadinedschad im Oktober vergangenen Jahres öffentlich forderte Israel von der Landkarte zu tilgen, sagte der OB seinen ersten Besuch in Isfahan im Rahmen einer Delegationsreise kurzfristig ab.

Offiziell hat Isfahans Bürgermeisters Said Morteza Saghaeian Nejad auf die Absage seines Freiburger Kollegen nie reagiert. In der Isfahaner Presse berichtete man einfach über einen herzlichen Empfang für die Freiburger Delegation, ohne das Fehlen des Oberbürgermeisters zu erwähnen.

Im Dezember fuhr eine Gruppe von Juristen zu Treffen mit Isfahaner Kollegen nach Iran. Und inzwischen ist eine Kulturdelegation der Stadt Freiburg aus der Partnerstadt zurückgekehrt. Die heiklen Fragen wurden offen angesprochen, heißt es.

## Mayors for Peace gegen aktuellen US-Atomtest

Am 23. Februar führten die USA zusammen mit Großbritannien einen subkritischen Atomtest in einem unterirdischen Testgelände in Nevada durch. Auch wenn ein solcher Test nicht zu einer Explosion führt, protestierten die Mayors for Peace dagegen. In einem Schreiben an Präsident Bush heißt es: „Indem Sie einen subkritischen Atomtest durchführen, zeigen sie deutlich, dass Sie neue Atomwaffen entwickeln wollen. Ein solches Verhalten darf nicht toleriert werden.“ Die Mayors for Peace forderten die USA im Namen der 1.300 Mitgliedsstädte aus 115 Ländern dazu auf, den CTBT zu ratifizieren, Nukleartests einschließlich subkritischer Tests zu unterlassen und die Entwicklung neuer Atomwaffen einzustellen.

Die JU in Freiburg kritisiert die Partnerschaft scharf. Ihr Vorsitzender Daniel Sander wirft der Stadtspitze „Doppelzüngigkeit“ vor: „Die Grünen spielen sich als große Menschenrechts- und Anti-Atomkraft-Partei auf - und in Isfahan soll das keine Rolle mehr spielen.“

Mit seinen Forderungen, die Partnerschaft auszusetzen, steht Sander alleine da. „Offizielle Reisen sind derzeit nicht angebracht“, sagt CDU-Fraktionsmitglied Conrad Schroeder, ehemaliger Regierungspräsident und Bundestagsabgeordneter. Ein Abbruch der Beziehungen stehe nicht zur Diskussion.

Mohammad Salavati, der Initiator der Städtepartnerschaft, warnte indessen: „Wenn wir die Partnerschaft aufgeben würden, wäre es genau das, was die Hardliner wollen.“

Zur Zeit wird in Freiburg an einer Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Tel Aviv gearbeitet: einem potenziellen Ziel einer iranischen Atombombe. Mit diesem neuen Projekt setzt Freiburg seine aktive kommunale Außenpolitik fort. wsh ●

nach einem Artikel von Philipp Wittrock in Spiegel online: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,397507,00.html>

# Stanislav Petrov – der Mann, der den Atomkrieg verhinderte

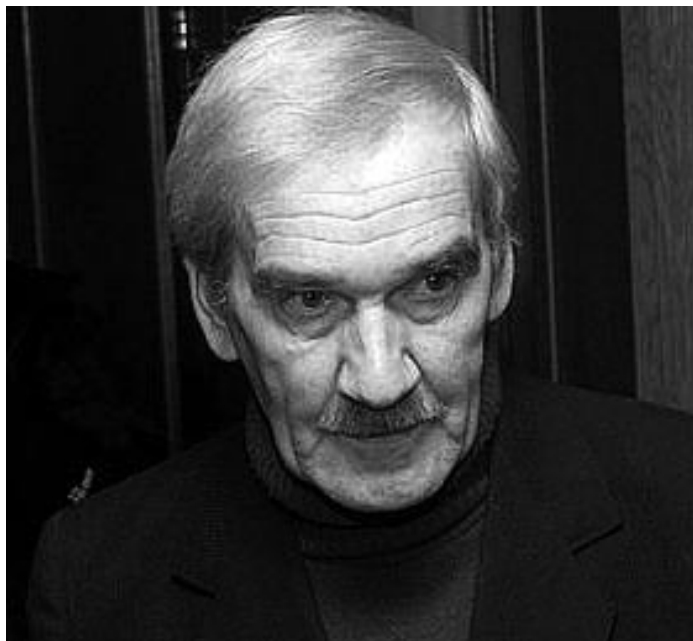
Oberstleutnant Stanislav Petrov war der diensthabende Offizier im sowjetischen Kontrollzentrum für Atomwaffen in der Septembernacht 1983, in der der sowjetische Spionagesatellit Kosmos 1382 plötzlich den Abschuss 5 amerikanischer Atomraketen in Richtung Sowjetunion meldete. Der Oberstleutnant musste eine Entscheidung treffen.

„Der kalte Krieg war 1983 eiskalt“, erinnert sich Petrov. US-Präsident Reagan nannte die Sowjets „Evil Empire“ (Reich des Bösen). Das russische Militär hatte drei Wochen vor dem Vorfall ein koreanisches Passagierflugzeug abgeschossen, und die Führung in Moskau war nervös. Die USA und die NATO planten die Stationierung von Pershing II Raketen in Europa. In der Nacht auf den 26.9.1983 hatte Oberstleutnant Stanislav Petrov die Vertretung für einen Kollegen übernommen. So kam es, dass er Dienst hatte im obersten Kontrollzentrum für Atomwaffen der Sowjetunion, Serpukhov-15. Plötzlich leuchtete mitten in der Nacht auf dem „roten Knopf“ das Signal „Start“.

Petrov erinnert sich: „Es fühlte sich an wie ein Schlag in mein Nervensystem. Auf der Kontrollkarte sah ich, dass eine Militärbasis an der US-Ostküste blinkte als Signal dafür, dass von dort eine Rakete auf uns abgefeuert worden war. Vor meinem geistigen Auge sah ich, wie sich der Deckel vor dem Raketensilo wegschob und der Silo durch das Feuer der abgeschossenen Rakete zerstört wurde. Die Silos wurden nicht dafür gebaut, mehr als ein Mal benutzt zu werden, denn es würde keiner übrigbleiben, um sie je noch einmal mit einer Rakete zu bestücken. Ich dachte: „In 40 Minuten ist sie hier.“ Und dann dachte ich: „Aber wenn sie nur eine schicken, dann ist noch kein Atomkrieg.“

In dem Moment blinkte wieder der Startknopf, und dann nochmals und nochmals. Insgesamt wurde der Abschuss von fünf interkontinentalen ballistischen Atomraketen registriert. Petrov wusste, dass auch die Kommandozentrale automatisch den Bericht erhalten hatte. Er rief dort an und stotterte: „Das ist verrückt“, noch bevor die Stimme am anderen Ende befahl: „Ich kann sie sehen. Bleiben Sie ruhig; tun Sie Ihre Pflicht.“

Petrov und seine Truppe hatten 8-10 Minuten um zu entscheiden, ob es ein falscher Alarm war oder nicht. „Ich handelte nach dem Prinzip: Im Zweifel für den Angeklagten.“ sagt Petrov. „Die Amerikaner wussten, dass ein atomarer Angriff auf uns bedeuten würde, mindestens die Hälfte ihrer eigenen Bevölkerung auszulöschen. Ich erinnere mich daran, dass ich dachte: So ein großer Idiot ist noch nicht geboren, nicht mal in den USA, und dann nahm ich das Telefon und meldete einen falschen Alarm an die Kommandostation.“



**Wenn Petrov einen Gegenangriff ausgelöst hätte, hätte dies den Beginn eines verheerenden 3. Weltkriegs bedeutet.**

Nach quälenden Minuten erwies sich Petrov's Entscheidung als richtig. Es war ein Computerirrtum, der den US-Angriff signalisiert hatte.

Zwar gab es auch auf amerikanischer Seite mehrere Fehlalarme, in denen zum Beispiel Zugvögelschwärme mit Atomraketen verwechselt wurden. Bruce Blair, Präsident des amerikanischen Zentrums für Verteidigungsinformation, sagt jedoch: „Ich denke, dies war der Fall, in dem wir einem „versehentlichen Atomkrieg“ am nächsten gekommen sind.“

Oberst Petrov bekam eine Rüge für sein nicht ordnungsgemäßes Handeln und wurde nach einigen Jahren mit einer kaum für das Leben ausreichenden Pension aus der Armee entlassen. Seine Gesundheit verschlechterte sich wegen des hohen Stresses während des Vorfalls. Seine Frau starb an Krebs, und er lebt heute mit seinem Sohn in einer kleinen heruntergekommenen Wohnung in einem Wohnblock bei Moskau.

## 2004 erhielt Petrov den World Citizen Award

Daraufhin bekam er die Einladung, im Januar 2006 im Dag Hammarskjöld Auditorium bei der UNO in New York zu sprechen.

Petrov weist darauf hin, dass Tausende Atomraketen aus dem Kalten Krieg heute noch genau dort stationiert sind, wo sie damals waren. Viele von ihnen befinden sich nach wie vor in höchster Alarmbereitschaft. Er sagt: „Früher hätte ich gerne eine Würdigung dessen gehabt, was ich tat. Aber jetzt ist es zu lang her und heute ist alles in mir emotional ausgebrannt. Es ist nett, dass sie mich für einen Helden halten. Ich weiß nicht, ob ich einer bin. Da ich der Einzige bin, der in diesem Land je in diese Situation kam, ist es schwierig zu sagen, wie andere reagieren würden.“ Hoffentlich wird die Welt es nie herausfinden. **jk ●**

**U.a. aus: Libak, Anna, 2.4.2004:**

**Nuclear War: Minuteman, Weekendavisen.**



## Kleine Ehrung für 10 Jahre hauptberufliche Friedensarbeit

Damit hatte Roland Blach, Bundesgeschäftsführer der „Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen“ wirklich nicht gerechnet: An einem dunklen Wintertag klingelte es an der Tür und Roland Blach wurde mit einigen kleinen Präsenten und einem Gutschein des örtlichen Eine-Welt-Ladens überrascht!

Der Anlass: Seit mittlerweile zehn Jahren arbeitet Roland hauptberuflich für die Friedensbewegung. Das ist schon etwas Außergewöhnliches – zumal im Bereich basisdemokratischer Gruppen, die sich dem zivilen Ungehorsam gegen die atomare Rüstung verschrieben haben.

Roland begann 1995/1996 als Friedensarbeiter der Atomteststopp-Kampagne. Nachdem sich diese bereits ein Jahr später, nach Unterzeichnung des Atomteststopp-Vertrags, erfolgsbedingt auflöste, wurde er Geschäftsführer der neugegründeten „Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen“.

Wir ziehen den Hut vor Roland Blachs persönlicher Friedensdekade, die er engagiert, professionell und immer mit einem humorvollen Lächeln gemeistert hat. Wir wünschen ihm, dass er eines Tages auch seinen jetzigen Arbeitsplatz erfolgsbedingt wegrationalisiert!

**Uwe Painke ●**

**Roland Blach wird überrascht:**



**Bild: Uwe Painke**

## Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne  
Atom- und Uranwaffen.  
Für die friedliche Nutzung  
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2000

Herausgeber:  
Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen GAAA  
Hausmannstrasse 6  
70188 Stuttgart  
Tel. 07 11 - 21 55 112  
Fax 07 11 - 21 55 214  
Internationales  
Marion Küpker  
Bürozeiten:  
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr  
Tel. 040 - 430 73 32

Pressehütte Mutlangen  
Friedens- und Begegnungsstätte  
Mutlangen e.V.  
Forststraße 3  
73557 Mutlangen  
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1  
www.pressehuette.de  
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3.-€ plus Porto

Jahresabonnament:  
Euro 12.-€ plus Porto

Für Mitglieder der Friedens- und  
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
ist der Bezug im Mitglieds-  
beitrag enthalten.

Bankverbindung:  
nur für Abo-Gebühren:  
Friedens- und Begegnungsstätte -  
FreiRaum  
Raiffeisenbank Mutlangen  
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010  
für steuerabzugsfähige Spenden:  
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
Kreissparkasse Ostalb  
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499  
Stichwort: Spende FreiRaum  
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:  
Roland Blach (rob)  
Tel. 07 11 - 21 55 112  
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de  
Marion Küpker (mk)  
Tel. 040 - 430 73 32  
e-Mail: mariongaaa@gmx.de  
Julia Kramer (jk)  
Tel. 0711/633776  
e-mail: j.kramer@gmx.de  
V.i.S.d.P  
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),  
Tel. 0 71 71 - 18 20 57  
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db  
Druck: GUS-Druck GmbH  
70180 Stuttgart,  
Tel. 07 11 - 60 03 45

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.  
Forststr. 3, 73557 Mutlangen  
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

## Termine:

### 15.-17. April

Duisburg-Dortmund: Ostermarsch Ruhr „Für Frieden,  
Abrüstung und Demokratie - Atomwaffen abschaffen  
- bei uns anfangen!“, 1. Tag: Duisburg-Düsseldorf,  
2. Tag: Fahrradcorsos, 3. Tag: Demonstrationen  
von Bochum-Werne nach Dortmund, VA und Kontakt:  
Ostermarsch Ruhr Komitee c/o Felix Oekentorp, Tel.:  
0234/6103785, [Felix.O@ostermarsch-ruhr.de](mailto:Felix.O@ostermarsch-ruhr.de),  
<http://www.ostermarsch-ruhr.de>

### 29. April

Biblis: Kundgebung mit Demonstration zum AKW  
„20 Jahre Tschernobyl - Sofortige Stilllegung AKW  
Biblis -Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie -  
Stoppt Castor-Transporte - Atomwaffen abschaffen“,  
Treffpunkt: 12 Uhr, Busbahnhof, Kontakt: BUND  
Regionalverband, Tel.: 06221/164841,  
[bund.rhein-neckar-odenwald@bund.net](mailto:bund.rhein-neckar-odenwald@bund.net),  
<http://vorort.bund.net/rhein-neckar-odenwald/>

### 2.-12. Juni/21.-30. Juli

bundesweit: Veranstaltungstour mit Simon Harak  
(Prof. für theologische Ethik, kath. Priester, Mit-  
begründer von „Voices in the Wilderness“), Thema  
„Militärökonomie der USA“, VA: Marion Küpker, 040  
/4307332, [mariongaaa@gmx.de](mailto:mariongaaa@gmx.de), [www.gaaa.org](http://www.gaaa.org)

### 5.-11. Juni:

Mutlangen/Wien: Studien- und Aktionsreise (Siehe  
S. 13). Vorbereitungsseminar: 5.-7.Mai  
Kontakt: [post@pressehuette.de](mailto:post@pressehuette.de)

### 7.-11. Juni

Kaiserlautern-Kaiserslautern: Pacemakers-“pro-  
tour“ (Siehe S. 12), Kontakt: [info@pace-makers.de](mailto:info@pace-makers.de),  
<http://www.pace-makers.de>

### 8. Juli:

international: Aktionen zum 10. Jahrestag des  
Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs „Atom-  
waffen sind völkerrechtswidrig“  
Weitere Informationen: [www.aktion-voelkerrecht.de](http://www.aktion-voelkerrecht.de); [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

### 14. Juli - 2. September

Paris-Moskau: Europäische Friedensradfahrt Paris  
- Moskau 2006 „Für ein Europa des Friedens und  
der Abrüstung. Nie wieder Krieg. Atomwaffen ab-  
schaffen.“, VA: Bike for Peace, c/o Konni Schmidt,  
Tel.: 0152/2831196, [bike4peace@web.de](mailto:bike4peace@web.de), [www.bike-for-peace.de](http://www.bike-for-peace.de)

### 31. Juli - 9. August:

Belgien: Europäische Jugendbegegnung für eine  
atomwaffenfreie Welt. Auf den Spuren der Atomwaf-  
fen und der Bürgermeister für den Frieden radeln und  
fahren 60 Jugendliche aus ganz Europa durch Belgi-  
en, von Ypres über Brüssel nach Kleine Brogel.  
Weitere Infos: Julia Kramer, [j.kramer@gmx.de](mailto:j.kramer@gmx.de)

### 4.-7. August

Büchel: Workshop „Rechtschaffende Aktion“. Ein  
Workshop über Gewaltfreiheit und gewaltfreie  
Aktion, „Morgenwache“ zum Start der Pace-Maker  
Radtour (4./5.8.) am Atomwaffenstandort Büchel  
anschließender Teilnahme an der Aktion der europ.  
Jugendbegegnung. Kontakt: Elke Koller, [dr.elke.koller@t-online.de](mailto:dr.elke.koller@t-online.de)

### 5. August

Büchel/Ludwigsburg: Pacemakers-Radmarathon (S.  
12), [info@pace-makers.de](mailto:info@pace-makers.de), [www.pace-makers.de](http://www.pace-makers.de)

### 12.-28. August

Brest: Weißrussisch-Deutsche Jugendbegegnung mit  
Paddeltour, Geschichtsexkursionen und einer Aktion  
mit der Friedensradtour „Bike for Peace“ von Paris  
nach Moskau. Infos: Julia Kramer, [j.kramer@gmx.de](mailto:j.kramer@gmx.de)

## 20 Jahre Tschernobyl – Schon den Geldhahn abgedreht?

Vor 20 Jahren ereignete sich die Katastrophe von Tschernobyl. Heute können Sie den  
Atomstromproduzenten die rote Karte zeigen – mit Ihrem Wechsel zum atomstromfreien  
und klimafreundlichen Stromversorger EWS. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) sind  
aus einer Bürgerbewegung entstanden und versorgen bundesweit über 33.000 Haushalte.

**Wechseln Sie! Je schneller, desto besser.**

- **Einzigster Anbieter mit der Gesamtnote „Sehr gut“**  
(Vergleich Ökostromanbieter: Bund der Energieverbraucher e.V., III/2004)
- **Garantiert atomstromlos**  
(Die Stromerzeuger der EWS haben keine Beteiligung von AKW-Betreibern  
oder deren Tochterunternehmen - zertifiziert vom TÜV Nord)
- **Sauberer Strom zum fairen Preis – bundesweit!**
- **Förderprogramm mit über 800 Anlagen in Bürgerhand**



[www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de) Telefon 07673 / 88 850 atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

## Zwillinge: Atomenergie - Atombombe

Der 26. April 2006 - 20. Jahrestag der Katastrophe des Tschernobyl Reaktor 4 in der Ukraine - erinnert weltweit an den größtanzunehmenden atomaren Unfall (GAU) in der Geschichte der „zivilen“ Atomnutzung. Dabei ging es bei den vier RBMK Tschernobyl Reaktoren tatsächlich auch um die militärische Nutzung. RBMK Reaktoren wurden mit der Absicht gebaut, Atomenergie zu produzieren und gleichzeitig Plutonium für die Atombombe. Tschernobyl muss als eine der größten Warnungen angesehen werden, aber auch als Chance, den umfassenden Schaden durch die Freisetzung radioaktiver Niedrigstrahlung im zivilen wie militärischen Bereich der Atomnutzung global zu verstehen. [www.world-nuclear.org-info-inf31.htm](http://www.world-nuclear.org-info-inf31.htm)

### Fakten des Unglücksausmaßes

UN-Chef Kofi Annan erklärte 2001: „Geschätzte 9 Millionen Menschen der drei Länder (Weißrussland, Westrussland und Ukraine) zählen zu den schwersten Opfern der Tschernobyl Tragödie und dieses ist erst der Anfang.“ Von diesen 9 Millionen haben drei Millionen Kinder eine kritische Strahlendosis erhalten. Sie leben heute noch in verstrahlten Regionen, vergessen von den verantwortlichen Behörden und der Weltgemeinschaft. Ca. 70% des gesamten radioaktiven Fallouts ging auf Weißrussland nieder, da die damalige Sowjetregierung, aus Angst vor zu starker eigener Kontaminierung, die Wolken chemisch über Weißrussland zum Abregnen brachte. Die übrigen 30% kamen zum Großteil in Russland und der Ukraine hinunter und verteilten sich ansonsten um die ganze Welt. Es handelt sich zu knapp 90% um Cäsium-137 und zu ca. 10% um Strontium-90. Der Rest verteilt sich auf knapp 500 andere verschiedene radioaktiven Isotope, z.B. auch Plutonium. In der 400 km entfernten weißrussischen Mogilov-Region ist die Radioaktivität ähnlich hoch wie am Unglücksreaktor selbst. Eine französische Studie an 1500 Kindern der weißrussischen Gomelregion ergab bereits vor 10 Jahren, dass nur 2% noch gesund waren. *Chernobyl: Environmental, Health and Human Rights Implications, Permanent People's Tribunal.*

Über 2,1 Millionen Menschen, darunter 400.000 Kinder aus 3615 Dörfern und 53 Städten sind allein in Weißrussland betroffen. 130.000 Menschen wurden aus ihrer mit über 550.000 - 1.480.000 Bq/m<sup>2</sup> radioaktivem Cäsium belasteten Umwelt evakuiert. 37.000 Bq/m<sup>2</sup> gilt als international offiziell anerkannter Grenzwert für ein radioaktiv verseuchtes Gebiet - eine Menge, die in Deutschland in Bayern heruntergekommen ist. Diese 14-45fach geringere Kontamination Bayerns lässt, trotz anders lautender Aussagen unserer Regierung, heute noch das unabhängige Umweltinstitut München Alarm schlagen: „Esst kein Wild und keine Waldbeeren der Region!“ Die weißrussische Regierung begann aber bereits ab 1995, evakuierte Gebiete mit Kriegsflüchtlingen aus ehemaligen Sowjetrepubliken zu besiedeln.

Die Ukraine plant heute, die 30km-Todeszone um den Reaktor herum wieder aufzuheben. Angeblich sei die Strahlung heute unbedenklich, da Cäsium-137 und Strontium-90 eine radioaktive Halbwertszeit von ca. 30 Jahren haben, d.h. die Radioaktivität vermindert sich nach 30 Jahren um die Hälfte und nach weiteren 30 Jahren noch mal um die Hälfte u.s.w.

Neuere Untersuchungen des Unglücksreaktors von Experten aus Russland und der Ukraine stellten fest, dass fast der gesamte Kernbrennstoff bei der Explosion 1986 in die Umwelt freigesetzt wurde.

Dr. Sebastian Pflugbeil erklärte dazu, das werde in der Öffentlichkeit unterschlagen und Politiker werden unter Druck gesetzt. Ihnen werde weisgemacht: „dass angeblich noch 96% des abgebrannten Kernbrennstoffs in den Trümmern des zerstörten Reaktors stecken.“

Kein einziger westlicher Experte habe bisher selbst Untersuchungen im Sarkophag angestellt.

Bereits 1989 schätzten Wissenschaftler der internationalen Konferenz über Sicherheit in Atomreaktoren die Menge der freigesetzten Radioaktivität des Tschernobylreaktors auf 6,4 Milliarden Curie.

Danach kommt allein die Menge des radioaktiven Cäsium-137 300 Hiroshimabomben gleich.

*Chernobyl - The Forbidden Truth*  
von Alla Yaroshinskaya, S.75

mk ●

### Aus dem Inhalt:

<b>Schwerpunkt:</b> Tschernobyl Aus der Atomgeschichte lernen	S. 2+3
IAEA - Verbrecher gegen die Menschheit	S. 4
Auswirkungen des Tschernobyl-Unfalls	S. 5
<b>Bombenstoff auf Campus</b> Forschungsreaktor Garching	S.6
Aktuelles zu Uranwaffen	S. 7
<b>Jugend:</b> Die Erben von Tschernobyl Macht Deutschland endlich atomwaffenfrei!	S. 8 S. 9
<b>Kontrovers:</b> Iran-Krise	S 11+12
<b>Pacemakers -</b> Radmarathons 2006	S. 12
<b>Die Bundesregierung gibt keine Antworten</b>	S. 13
<b>Freiburgs mutige Partnerschaft</b>	S. 14
<b>Personalie:</b> Stanislav Petrov	S. 15

*Internationale Aktivisten von  
„For Mother Earth“ hielten am  
10. Jahrestag von Tschernobyl um  
1.23 Uhr nachts einen Zug direkt  
an der 30 km-Todeszone an.  
Er fuhr mit AKW-Arbeitern zu den drei  
Tschernobyl-Reaktoren, dessen sofortige  
Abschaltung u.a. gefordert wurde.*



Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte